

## Globalisierung, Geoökonomie und der Euro

Spanger, Hans-Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Spanger, H.-J. (1998). *Globalisierung, Geoökonomie und der Euro*. (HSFK-Report, 4/1998). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-75486-1>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS- UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Hans-Joachim Spanger

**Globalisierung,  
Geoökonomie und der Euro**

HSFK-Report 4/1998

**HESSISCHE  
STIFTUNG  
FRIEDENS- UND  
KONFLIKT-  
FORSCHUNG**

Hans-Joachim Spanger

**Globalisierung,  
Geoökonomie und der Euro**

HSFK-Report 4/1998

August 1998

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Leimenrode 29

D-60322 Frankfurt

Telefon (0 69) 95 91 04-0

Telefax (0 69) 55 84 81

e-mail: [hsfk@em.uni-frankfurt.de](mailto:hsfk@em.uni-frankfurt.de)

Internet:<http://www.rz.uni-frankfurt.de/hsfk>

ISBN 3-933293-06-5

DM 12,00



## Zusammenfassung

In den neunziger Jahren haben zwei Schlagworte Karriere gemacht: "Globalisierung" und "Geoökonomie". Von entgegengesetzten Enden beanspruchen sie nicht nur, die Expansion und den Wandel der Weltwirtschaft sowie deren Konsequenzen für das internationale Staatensystem auf den Begriff zu bringen, sondern auch die richtigen ordnungspolitischen Schlüsse zu ziehen. Als idealtypische Antipoden sind sie daher vorzüglich geeignet, um die internationalen Implikationen jener weltwirtschaftlichen Zäsur zu analysieren und zu bewerten, die mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro, markiert wird.

Die "Globalisierung" hat heute unangefochten die ideologische Hegemonie errungen. Es gibt kaum eine wirtschaftspolitische Äußerung, in der nicht aus mehr oder weniger berufenem Munde zumindest rhetorische Bezüge zum großen Ganzen der Globalisierung hergestellt werden. Darunter leidet die konzeptionelle Klarheit. Globalisierung meint keineswegs nur, daß sich wirtschaftliche Tätigkeiten über die staatlichen Grenzen weltweit ausdehnen. Das ist nichts Neues und gab es in vergleichbaren Größenordnungen bereits unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg. Nach Auffassung ihrer Theoretiker begründet die Quantität internationaler wirtschaftlicher Verflechtung vielmehr eine neue Qualität im Verhältnis zwischen Staat und Markt, wird zugespitzt der Staat auf eine abhängige Variable des Marktes reduziert. Auch das ist nicht völlig neu, wie ein Blick auf die Staatskritik des Anarchismus, der frühen Bolschewiki oder auch des Liberalismus und der Freihandelspacefisten vor hundert Jahren zeigt.

Die Globalisierung tritt in einer optimistischen und einer pessimistischen Variante auf. Während die Pessimisten wachsende Ungleichheit, soziale Fragmentierung und die Gefahr neuer Kriege beschwören, verwirklicht sich mit der Globalisierung für die Optimisten das klassische Freihandelspostulat des Liberalismus und der wirtschaftswissenschaftlichen Neoklassik. Der Staat dient der Rationalität des Marktes und beschränkt sich darauf, durch internationale Kooperation die institutionelle Infrastruktur für einen ungestörten Wettbewerb bereitzustellen.

Das sieht die "Geoökonomie" in realistischer Tradition völlig anders. Ihre Hochzeit datiert vor der Globalisierung am Beginn der neunziger Jahre und zu lokalisieren ist sie vornehmlich in den geostrategischen Laboratorien der USA. Da die Ökonomie als Grundlage und Instrument politischer Macht zu gelten hat und da Macht immer relativ ist, zählen für sie im wirtschaftlichen Wettbewerb allein die relativen Vorteile. Die Betonung absoluter Vorteile und das Ziel einer gemeinsamen Nutzenmaximierung wollen sie allenfalls als naive Illusion der ökonomischen Zukunft gelten lassen. In der Geoökonomie verbinden sich folglich wirtschaftlicher Wettbewerb und staatliche Konkurrenz zu einer neuen internationalen Konfliktkonstellation.

In der internationalen Politik lassen sich unschwer Indizien für beide Momente finden, für die der Globalisierung geschuldete staatliche Kooperation ebenso wie für das geoökonomisch inspirierte Ringen um Positionsgewinne. Unter der Maßgabe, daß die Staaten, impotent versus omnipotent, gar nicht anders können, als die Präskriptionen beider vorgeben, schießen sie jedoch weit über das Ziel hinaus. Das gilt um so mehr, als beiden ein konjunktureller Bezugspunkt eigen ist, der sich vor allem in den USA findet. So korrespondierte der Aufstieg des geoökonomischen Paradigmas am Beginn der neunziger Jahre mit dem scheinbar säkularen Niedergang der USA, die - so die Wahrnehmung - zum Opfer eines vornehmlich von Japan entfesselten Wirtschaftskrieges zu werden drohten. Die Globalisierung sonnt sich dagegen in der wiederauferstandenen amerikanischen Wirtschaft, die der Welt und zumal der geplatzten japanischen *bubble economy* und dem sklerotischen Europa erneut das Bild ihrer ordnungspolitischen Zukunft präsentiert. Verkehrte Welt: Galt noch vor wenigen Jahren der "kommuni-



taristische Kapitalismus" japanischer oder germanischer Prägung als uneinholbar überlegen, so landet er heute auf dem Müllhaufen der Geschichte.

Es dürfen jedoch Zweifel angemeldet werden, ob die Globalisierung aktuell wie potentiell tatsächlich die behaupteten anti-etatistischen Konsequenzen zeitigt. Zwar ist in den letzten Jahrzehnten die Integration der Güter- und Kapitalmärkte zum Teil beschleunigt vorangeschritten, noch aber handelt es sich nicht um einheitliche Märkte, wie allein die unterschiedlichen Preis- und Zinsniveaus zeigen. Und auch die Rolle des Staates in der Wirtschaft ist zwar im Zeichen von Deregulierung und Privatisierung unter massiven rhetorischen Beschuß geraten, in der Praxis aber lassen zumindest die Staatsquoten und der Staatsverbrauch keinen Rückzug erkennen. Im Gegenteil. Es ist daher verfrüht, den Staat und damit auch potentielle geoökonomische Anwendungen globalisierungstheoretisch abzuschreiben.

Diese Feststellung ist auch für die Einführung des Euro von Bedeutung. Zumal im transatlantischen Verhältnis erfolgt diese in einer nachgerade klassischen Nullsummen-Konstellation, denn was der Euro zu gewinnen ansteht, droht der US-Dollar als gegenwärtig einzige Reservewährung von Rang zu verlieren. Das kann für die USA einschneidende Konsequenzen haben, von denen Kursrückgänge des Dollar infolge von Portfolio- und Reserveverlagerungen noch die geringsten sind. Gravierender wird sein, daß die USA das Privileg einbüßen, ihr ungebremst wachsendes Leistungsbilanzdefizit ungeschmälert in der eigenen Währung finanzieren zu können.

Eine Kombination aus fühlbaren währungspolitischen Positionsverlusten und einer nicht minder fühlbaren Erlahmung der Wirtschaftskonjunktur wäre ein geradezu idealer Boden, um in den USA geoökonomische Reaktionen in Gestalt eines *Euro bashing* nach vertrautem Muster zu provozieren. Die resultierende Gefahr einer Eskalationsspirale gilt es frühzeitig einzuhegen. Das erfordert nicht nur eine punktuelle Kooperation zur Eindämmung einer virulenten Krise, sondern einen bereits heute zu institutionalisierenden stetigen Informationsaustausch mit der Perspektive einer auch makroökonomisch erweiterten Koordination. Dazu bietet sich als angemessener Rahmen nicht die G-7, sondern eine neu etablierte G-3 an, die die Notenbank-Gouverneure und Finanzminister der USA und Japans sowie von seiten der Europäischen Union den Präsidenten der Europäischen Zentralbank und den Vorsitzenden des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister zusammenführt.

## **Inhalt**

1.	Einleitung	3
2.	Von der „Militarisierung“ zur „Ökonomisierung“ der internationalen Beziehungen	5
3.	Globale Trends und die Globalisierung	8
4.	<i>Déjà vu</i> - die Marktintegration in historischer Perspektive	13
5.	Globalisierung ohne <i>governance</i> ?	15
6.	Die Entfesselung der Finanzmärkte	20
7.	Aufstieg und Niedergang oder der Wettbewerb als Nullsummenspiel	25
8.	Was ändert der Euro?	28
9.	Das Management der Konsequenzen	34

## **Tabellen**

Tabelle 1: <i>Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts der OECD-Mitgliedsstaaten (Jahresdurchschnitt)</i>	8
Tabelle 2: <i>Wachstum des Exports und Imports von Gütern und Dienstleistungen der OECD-Mitgliedsstaaten (Jahresdurchschnitt)</i>	8
Tabelle 3: <i>Direkt- und Portfolioinvestitionen (Summe der absoluten Werte, in Prozent des BIP)</i>	9
Tabelle 4: <i>Sektorale Verteilung der Direktinvestitionen (Bestände 1994, Angaben in Prozent des BIP)</i>	10
Tabelle 5: <i>Internationale Anleihe- und Aktientransaktionen (Bruttowertpapierkäufe- und -verkäufe, in Prozent des BIP)</i>	11
Tabelle 6: <i>Internationaler Derivatehandel - Börsengehandelte Instrumente (Zins-, Währungs-, Aktien-Optionen und -Futures)</i>	12
Tabelle 7: <i>Internationaler Derivatehandel - Außerbörsliche Instrumente (Zins- und Währungsswaps sowie sonstige swapbezogene Derivate)</i>	12
Tabelle 8: <i>Staatsquote (Angaben in Prozent des BIP)</i>	17
Tabelle 9: <i>Direktinvestitionen (Bestände, Angaben in Prozent)</i>	29
Tabelle 10: <i>Intra- und Interregionaler Handel, 1996 (Angaben in Prozent)</i>	29



## 1. Einleitung

Politische und wirtschaftliche Konjunkturen haben eines gemeinsam: Sie kommen und gehen. Nichts dokumentierte dies deutlicher als jene amerikanische Karrikatur, die 1991 den damaligen Präsidenten George Bush mit imperialer Geste die *New World Order* der USA proklamieren und im darauffolgenden Jahr als Handelsvertreter um *New Car Orders* der Japaner bitten ließ. Damit war durchaus mehr gemeint als der augenfällige Kontrast zwischen der unipolaren sicherheitspolitischen Dominanz der USA und ihrer multipolaren wirtschaftlichen Abhängigkeit. Vielmehr haben die neunziger Jahre in allen Ecken des alliierten Dreiecks, das die USA, Japan und die Europäische Union bilden, mit einer Intensität ohnegleichen Aufstieg und Niedergang gesehen - in der Realität wie mehr noch in der Vorstellung.

Weitgehend immun erwies sich allein die sicherheitspolitische Dimension. Hier ist die Suprematie der USA so umfassend, daß der Führungsanspruch der nach offizieller Lesart *indispensable nation* bislang weder in- noch außerhalb ihres Bündnissystems ernsthaft herausgefordert wurde. Das gilt sowohl für den bilateralen Sicherheitsvertrag mit Japan, das damit bis heute ein „amerikanisches Protektorat“ bleibt,<sup>1</sup> als auch für die NATO, wo nicht anders als bei dem kurzen Flirt mit den Vereinten Nationen im Sinne der normativen Kraft des „*unipolar moment*“ lediglich ein „Pseudo-Multilateralismus“ unter amerikanischer Prärogative praktiziert wird.<sup>2</sup> Die Genesis der NATO-Erweiterung und die virtuelle Transformation der *Combined Joint Task Forces* von einer Plattform europäischer Emanzipation in ein Vehikel globaler amerikanischer Intervention sprechen hier ebenso Bände wie das Konfliktmanagement in Bosnien, das die Rehabilitation der Allianz nicht minder zum Ziel hatte als den Frieden auf dem Balkan.

Es sei dahingestellt, ob die Alternative zum Unipolarismus das Chaos ist,<sup>3</sup> oder ob nicht - erinnert sei nur an Somalia, Ruanda oder an die indo-pakistanischen Nukleartests - das Chaos vielmehr als Grundmuster einer unipolar gar nicht zu garantierenden, eben anarchischen Ordnung gelten muß. Hier interessiert vor allem, wie sich der manifeste sicherheitspolitische Unipolarismus zu dem ebenso manifesten ökonomischen Multipolarismus verhält und ob - zumal unter solchen asymmetrischen Prämissen - ersterer Bestand haben kann.

Für die realistischen Vertreter der unipolaren Denkfigur steht ungeachtet ihrer Provenienz außer Zweifel, daß es sich dabei nur um ein transitorisches Phänomen mehr oder weniger begrenzter Dauer handeln kann.<sup>4</sup> Nicht so hingegen der außenpolitische Impresario der Süddeutschen Zeitung, Josef Joffe, für den prinzipiell dann „große Mächte groß bleiben, wenn sie mit ihren eigenen Interessen auch die anderer verfolgen“.<sup>5</sup> Zwar teilt er die realistische Annahme des Machtgleichgewichts und kontrastiert mit Blick auf die amerikanische *grand strategy* zur Hegung möglicher Rivalen die (früher bestimmende) britische Politik des insularen Gegenge-

---

1 Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim (Beltz), 1997, S. 220f.

2 Charles Krauthammer, The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs, Jg. 70, Nr. 1, 1991, S. 25. Die multilateralen Anwendungen der US-Administration galten ihm lediglich als „*worshiping at the shrine of collective security*“ zur Erbauung des heimischen Publikums.

3 Ebenda, S. 32.

4 Vgl. hierzu u.a. Michael Mastanduno, Preserving the Unipolar Moment. Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War, in: International Security, Jg. 21, Nr. 4, 1997, S. 49-88.

5 Josef Joffe, How America Does It, in: Foreign Affairs, Jg. 76, Nr. 5, 1997, S. 27.



wichts mit der (heute aktuellen) Strategie Bismarcks einer kontinentalen Einbindung.<sup>6</sup> Wichtiger aber noch sei, daß sich mit der „Entwertung“ des militärischen Faktors die Machtgleichung verändert habe, indem neben die militärische „*existential currency of power*“ mit der Kultur und dem Markt die im Alltag gewichtigere „*soft power*“ getreten sei - so unter Bezug auf Joseph Nye. Diese Macht könne nun weder „angehäuft“ noch „ausbalanciert“ werden und mehr noch transformiere sie, indem die „Verbindung zwischen Strategie und Ökonomie“ sich lockere, das ursprüngliche Nullsummen- in ein positives Summenspiel. Dieses bedarf indes institutioneller Garantien, „*public goods*“, für die - etwa in Gestalt des globalen Freihandelssystems - allein die USA eintreten.<sup>7</sup>

Das ist nun nicht neu; originell ist lediglich das *mixtum compositum* aus Elementen der realistischen, der liberalen und der Theorie hegemonialer Stabilität. Dieses wirft allerdings mehr Fragen auf, als beantwortet werden.<sup>8</sup> Ungeklärt ist nicht nur das relative Gewicht der *hard* und der *soft power*, der „Strategie“ und der „Ökonomie“. Offen bleibt auch ihr Zusammenwirken, da sie ja nicht einfach nur nebeneinander treten. Zu fragen ist mithin nach der Kombination: Verfolgen Staaten unter den genannten veränderten Prämissen nunmehr eine Politik gemeinsamer Nutzenmaximierung im Sinne absoluter Vorteile? Oder nehmen sie ungeachtet dessen, oder mehr noch deshalb, gerade auch heute wirtschaftlichen Wettbewerb vor allem als individuellen Positionsgewinn nach Maßgabe relativer Vorteile wahr?<sup>9</sup> Es geht - und das umschreibt mit anderen Worten in allgemeiner Form auch den Gegenstand dieses Reports - um das klassische Thema des Verhältnisses von Staat und Ökonomie im internationalen System, und es geht zugespitzt darum, wie ökonomisch induzierte Konflikte im internationalen System von den Staaten intern ver- und nach außen bearbeitet werden.

Daß wirtschaftlicher Wettbewerb national wie international Gewinner und Verlierer hervorbringt und daher in hohem Maße konfliktträchtig ist, stellt eine *conditio sine qua non* marktwirtschaftlicher Ordnungen dar. Es kann daher nicht um eine Beseitigung der Konflikte gehen, sondern allein darum, diese ordnungspolitisch zu steuern. Unter den Schlagworten der „Globalisierung“ und der „Geoökonomie“ halten hier Theorie und Wirklichkeit der neunziger Jahre aus unterschiedlicher Perspektive ebenso unterschiedliche Rezepturen bereit - mit dem gemeinsamen Anspruch, nicht nur die Realität adäquat erfassen, sondern auch politisch bewältigen zu können. Als analytisches Instrumentarium wie als politisches Programm bieten sich daher beide an, um aus der idealtypischen Zuspitzung ihrer konträren Perspektiven die internationalen Implikationen und das mögliche Konfliktpotential einer künftig neuen Variable abzuschätzen: des Euro. Das erfordert zuvor jedoch, ihre konzeptionelle Plausibilität und ihre praktischen Voraussetzungen zu diskutieren.

---

6 Dazu auch ausführlicher Josef Joffe, „Bismarck“ or „Britain“? Toward an American Grand Strategy after Bipolarity, in: *International Security*, Jg. 19, Nr. 4, 1995, S. 94-117.

7 Joffe, a.a.O. (Anm. 5), S. 23-26.

8 Das gilt allein schon theorieimmanent. So definiert etwa Joffe „*public goods*“, ein zentraler Baustein in der Theorie hegemonialer Stabilität, in einer Weise, daß „*there must always be somebody who will recruit individual producers, organize the start-up, and generally assume a disproportionate burden in the enterprise*“ (ebenda, S. 26). Das jedoch charakterisiert private und nicht öffentliche Güter, die sich - zumindest in der ökonomischen Theorie - allein dadurch auszeichnen, daß sie nicht handelbar sind, weil ihr individueller Verbrauch nicht den Verbrauch anderer schmälert und weil niemand von ihrem Verbrauch ausgeschlossen, mithin auch nicht zur Übernahme etwaiger Kosten veranlaßt werden kann.

9 Vgl. hierzu Benjamin J. Cohen, The political economy of international trade, in: *International Organization*, Jg. 44, Nr. 2, 1990, S. 274.



## 2. Von der „Militarisierung“ zur „Ökonomisierung“ der internationalen Beziehungen

Geoökonomie und Globalisierung stellen zwei Seiten einer Medaille dar - der (vermeintlichen) Ökonomisierung der internationalen Beziehungen. Diese These bildet gleichsam den Kern der in liberaler Tradition argumentierenden Theorien, die schon seit geraumer Zeit mit der Intensivierung transnationaler Beziehungen, der wachsenden internationalen Arbeitsteilung und im Zeichen ökonomischer Interdependenz eine „Zivilisierung“ der Staaten und eine Transformation des internationalen Systems konstatieren. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der korrespondierenden Relativierung des sicherheitspolitischen Paradigmas gewann sie insoweit auch im realistischen Denken an Prominenz, als sich damit eine neue Arena staatlicher Konkurrenz auftat.<sup>10</sup>

Prinzipiell sind mit dieser Akzentverlagerung ideale Voraussetzungen für die Allianz aus liberaler politischer Theorie und jenen Ökonomen gegeben, die in neoklassischer Tradition Wohlstand für das einzige rationale Staatsziel und offene Regime des wirtschaftlichen Wettbewerbs für sein logisches Äquivalent halten. Danach ist es, um ein der Bush-Administration zugeschriebenes Bonmot aufzugreifen, gleichgültig, ob in einem Land *potato chips* oder *computer chips* hergestellt werden.<sup>11</sup> Entscheidend ist, daß beides nach Maßgabe der komparativen Vorteile produziert und frei getauscht werden kann, um so den gemeinsamen Nutzen zu maximieren. Der Staat taucht hier nur als intervenierende, sprich: störende Variable auf. Angetrieben von den für ihn charakteristischen relativen Vorteilskalkülen - camouffierend: „ökonomischen Interessen“ -, beschränkt er mit seinen darauf fußenden protektionistischen Anwendungen und industriepolitisch generierten Fehlallokationen in der Realität nur allzu wirkungsvoll die freie Entfaltung der Produktivkräfte und damit den gemeinsamen Wohlstandsgewinn. Das Ergebnis: Alle wollen wegen der höheren Wertschöpfung *computer chips* herstellen.

Die „Globalisierung“ verspricht, die Diskrepanz zwischen (neoklassischer) ökonomischer Theorie und (merkantilistischer) politischer Praxis gleichsam objektiv zugunsten des Marktes aufzuheben. Zum einen reflektiert sie analytisch reale Veränderungen im Fortgang jener Prozesse, die früher als „Internationalisierung“ auf den Begriff gebracht wurden. Zum anderen signalisiert die Globalisierung konzeptionell wie programmatisch „neue Rahmenbedingungen für die Zukunft von Staat und Politik“.<sup>12</sup> Mit ihr scheint eine Welt auf, die auf längere Sicht gänzlich auf den Staat als internationalem Akteur verzichten zu können meint und ihn aktuell in seiner Handlungsfähigkeit aushöhlt. Positiv gewendet zeichnet sich im Sinne des Liberalismus und des neoklassischen Paradigmas eine schöne neue Welt multilateraler Arrangements ab, dank der ökonomisch, durch die grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalmärkte diktierten Notwendigkeit internationaler Kooperation. Negativ gewendet läßt die Impotenz des Staates im

---

10 Vgl. dazu Michael Mastanduno, Do Relative Gains Matter? America's Response to Japanese Industrial Policy, in: *International Security*, Jg. 16, Nr. 1, 1991, S. 73-83. Eine ähnliche Rolle wurde zuvor schon auch dem nuklearen *stand-off* zugeschrieben, vgl. Kenneth Waltz, The Emerging Structure of International Politics, in: *International Security*, Jg. 18, Nr. 2, 1993, S. 59.

11 Vgl. kritisch dazu Clyde Prestowitz, Beyond Laissez Faire, in: *Foreign Policy*, Nr. 87, Sommer 1992, S. 67.

12 Dirk Messner, Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozeß, in: ders. (Hg.), *Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft*, Bonn (Dietz), 1998, S. 14.



Sinne der klassischen Kapitalismus-Kritik hingegen eine Welt wachsender Ungleichheit, sozialer Fragmentierung und à la longue auch neuer Kriege entstehen.

Der Begriff der „Globalisierung“ hat heute unangefochten die ideologische Hegemonie errungen, mit der Gefahr allerdings, zu einer Monstranz zu verkommen, deren Erklärungsgehalt sich umgekehrt proportional zu ihrem inflationären Gebrauch verhält. Daß die Quantität globaler ökonomischer Verflechtung nicht zwangsläufig eine neue Qualität staatlichen Handelns begründet, dokumentiert die realistische Konkurrenz des Globalisierungsparadigmas. Aus deren Perspektive ist es verfrüht und mehr noch systematisch ausgeschlossen, mit der Ökonomisierung der internationalen Beziehungen deren tragenden Akteur, den Staat, abzuschreiben. Auch hier steht ein populärer Begriff bereit: „Geoökonomie“, ein „Neologismus“, der 1990 Edward Luttwak am besten geeignet schien, um die neue Komposition aus „der Logik des Konflikts und den Methoden des Handels“ zu erfassen. Jenseits des Ost-West-Konflikts suchen die Staaten einen „geoökonomischen Ersatz für ihre verkümmerte geopolitische Rolle“. Sie seien nicht länger bereit, den ökonomischen Wettbewerb, den die „Logik des Handels“ diktiert, der politischen Allianz, im Kalten Krieg aus der „Logik des Konflikts“ mit einem gemeinsamen Feind entstanden, unterzuordnen. Vielmehr verschmelzen im Zeichen der Geoökonomie wirtschaftlicher Wettbewerb und politischer Konflikt.<sup>13</sup>

Die Geoökonomie ist die Antithese zur neoklassischen internationalen Ökonomie auch in ihrem aktuellen Gewand, der Globalisierung. So gilt deren Betonung der absoluten Vorteile etwa Samuel Huntington bestenfalls als naive *déformation professionnelle* der ökonomischen Zunft:

*„Why are the economists out in left field? They are there because they are blind to the fact that economic activity is a source of power as well as well-being. It is, indeed, probably the most important source of power, and in a world in which military conflict between major states is unlikely, economic power will be increasingly important in determining the primacy or subordination of states.“<sup>14</sup>*

Da die Ökonomie beides zugleich ist, Grundlage der Macht und Instrument der Machtausübung, und da Macht immer relativ ist, es im ökonomischen Wettbewerb daher allein auf die relativen Vorteile ankommt, gilt (nicht nur) für Huntington: *„Economics is the continuation of war by other means.“<sup>15</sup>* Die Geoökonomie ist folglich wenig mehr als alter (sicherheitspolitischer) Wein in neuen (ökonomischen) Schläuchen, geht es doch um die Fortführung des (kalten) Krieges mit anderen, diesmal ökonomischen Mitteln und gegen andere, diesmal die alliierten Herausforderer. Sie beschwört ein neues durch den auf die Staaten projizierten ökonomischen (Vernichtungs-)Wettbewerb angetriebenes Konfliktmuster, das deutlich mit dem kooperativen Imperativ der Globalisierung kontrastiert.

Die Globalisierung ist, wie bereits der Begriff nahelegt, ein global breit diskutiertes Thema, wenngleich ein immer noch regional in der nördlichen Hemisphäre konzentriertes Phänomen. Die Geoökonomie stellt sich hingegen - zumal in ihrer programmatischen Dimension - eher als ein exklusives und nicht untypisches Produkt amerikanischer geostrategischer Debatten dar. Allerdings beansprucht sie, lediglich nachzuvollziehen, was andere schon lange praktizieren, in

13 Edward N. Luttwak, From Geopolitics to Geo-Economics. Logic of Conflict, Grammar of Commerce, in: The National Interest, Sommer 1990, S. 19f.

14 Samuel P. Huntington, Why International Primacy Matters, International Security, Jg. 17, Nr. 4, 1993, S. 72.

15 Ebenda, S. 81 - so unter zustimmendem Verweis auf Daniel Bell.



Gestalt des japanischen MITI, der französischen *planification* oder der Tatsache, daß mittlerweile die Hälfte des deutschen diplomatischen Personals „in Wirtschaftsfragen tätig“ sei.<sup>16</sup> In ihrer Zuspitzung schärfen beide den analytischen Blick auf das vom ökonomischen Wettbewerb und Wandel generierte Konfliktpotential zwischen den global führenden Wirtschaftsmächten USA, Japan und Europäische Union. Auch lassen sich in diesem Dreieck unschwer Indizien für beide Momente finden, für die der Globalisierung geschuldete Kooperation ebenso wie für das geoökonomisch inspirierte Ringen um Positionsgewinne. Unter der Maßgabe jedoch, daß die Staaten, entweder impotent oder omnipotent, gar nicht anders können, als die Präskriptionen beider vorgeben, schießen sie weit über das Ziel hinaus. Als politische Handlungsanweisung sind sie daher, wie am Beispiel des Euro zu demonstrieren, in ihrer Eindimensionalität wenig hilfreich.

Für ihre praktische Relevanz nicht minder von Bedeutung ist, daß beide Konzepte, die Geoökonomie und die Globalisierung, an konjunkturelle Voraussetzungen geknüpft sind. Das betrifft nicht in erster Linie den Wandel im internationalen System. Vielmehr reflektieren sie vor allem die konjunkturellen Variationen zumal des amerikanischen Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins. Der Aufstieg des Paradigmas der Geoökonomie korrespondierte mit einem amerikanischen *self concept* Ende der achtziger und am Beginn der neunziger Jahre, das von ökonomischen Niedergangphantasien geprägt war, als deren Kennzeichen das Doppeldefizit, der Verfall der öffentlichen Infrastruktur und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft zu nennen sind. Das darauffolgende Paradigma der Globalisierung entfaltete sich auf einem gänzlich anderen Resonanzboden, denn mit ihm zeigt die wiederauferstandene amerikanische Ökonomie mit ihren Wachstumsraten, ihrer sinkenden Arbeitslosigkeit und ihrem „*information edge*“ erneut der Welt das Bild ihrer neoliberalen Zukunft.<sup>17</sup> Das der Vereinigung zustrebende Maastricht-Europa und die japanische *bubble economy*, ergänzt um die von Shintaro Ishihara am pointiertesten formulierte Unbotmäßigkeit des einstigen Vasallen,<sup>18</sup> gaben die äußere Begleitmusik im ersten Fall ab, das Austeritäts-geplagte Konvergenz-Europa und die nicht endende japanische Stagnation prägten die Wahrnehmungsmuster im zweiten.

Dieser innenpolitische Hintergrund darf nicht unbeachtet bleiben, wenn im folgenden die konzeptionelle Plausibilität und die praktische Relevanz beider Konzepte detaillierter betrachtet werden. Das gilt insbesondere auch für den Exkurs über die internationalen Implikationen des Euro, die sich kaum von den konjunkturellen Variationen nationaler Perzeptionen isolieren lassen. Seine Einführung zum 1. Januar 1999 mischt die weltwirtschaftlichen und damit zumindest auf mittlere Sicht auch die weltpolitischen Karten neu. Es stellt sich daher die Frage, wo die gemeinsame europäische Währung zwischen Globalisierung und Geoökonomie zu verorten ist. Konkret: Ist sie lediglich Ausfluß globalisierender Trends, bestimmt, wenn auch nicht geeignet, sich gegen deren normative Kraft zu behaupten? Oder ist sie als geoökonomisches Instrument zu interpretieren, geeignet, wenn auch nicht bestimmt, geoökonomische Reaktionen zu provozieren? Um das Ergebnis vorwegzunehmen: So wie die Globalisierung und die Geoökonomie

---

16 So ein Zitat von Klaus Kinkel aus Jochen Buchsteiner, Das Ende einer Erfolgsstory, in: Die Zeit, 9. Juli 1998, S. 3.

17 So Joseph S. Nye, William A. Owens, America's Information Edge, Foreign Affairs, Jg. 75, Nr. 2, 1996, S. 20-36. Dies erlaubt in ihren Augen nicht nur, traditionelle militärische Bedrohungen mit relativ geringen Kosten abzuschrecken, sondern wirke auch als „*force multiplier of American diplomacy, including 'soft power' - the attraction of American democracy and free markets*“ (S. 20).

18 Shintaro Ishihara, Wir sind die Weltmacht. Warum Japan die Zukunft gehört, Bergisch Gladbach (Gustav Lübbe), 1992.



nur partielle Antworten auf grundlegende Probleme geben, so wenig würde eine alternativ verengte Perspektive den Kooperationschancen und den Konfliktrisiken, die mit der Einführung des Euro entstehen, gerecht.

### 3. Globale Trends und die Globalisierung

Beide Konzepte, Geoökonomie wie Globalisierung, beanspruchen zweierlei: Sie wollen interpretativ Phänomene der Gegenwart bewältigen, und sie wollen, explizit oder implizit, Trends extrapolieren, um jenseits der einst vertrauten Konfliktmuster der künftigen internationalen Ordnung programmatisch Konturen zu verleihen. In einem ersten Schritt ist folglich auf den weltwirtschaftlichen Stoff zu schauen, aus dem die ordnungspolitischen Träume sind.

Zweifellos hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Internationalisierung der Wirtschaft in einem Maße beschleunigt, daß sie heute in vielen Bereichen absolut wie relativ präzedenzlose Dimensionen erreicht. Das betrifft sowohl den Außenhandel und damit die Gütermarktintegration als auch das Wachstum der Auslandsinvestitionen als einem wichtigem Element der Kapitalmarktintegration.

In den fortgeschrittenen Industriestaaten, den heute 29 Mitgliedsländern der OECD, ist in den vergangenen dreißig Jahren der Außenhandel regelmäßig mehr als doppelt so schnell gewachsen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im einzelnen ergeben sich im Zeitraum seit 1960 nach den Angaben der OECD die in den Tabellen 1 und 2 wiedergegebenen Daten für das jährliche Wachstum.

Tabelle 1

*Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts der OECD-Mitgliedsstaaten (Jahresdurchschnitt)*

1960-1969	1970-1979	1980-1989	1990-1997
+5,2%	+3,5%	+2,9%	+2,2%

Quelle: OECD Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 2

*Wachstum des Exports und Imports von Gütern und Dienstleistungen der OECD-Mitgliedsstaaten (Jahresdurchschnitt)*

	1960-1969	1970-1979	1980-1989	1990-1997
Export	./.	+7,5%	+5,7%	+5,7%
Import	./.	+6,0%	+5,5%	+5,4%

Quelle: OECD Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge.



Im Ergebnis ist der Anteil des Außenhandels am BIP, die Außenhandelsquote, heute doppelt so hoch wie noch 1950, auch wenn sie innerhalb der OECD stark variiert und im Falle der USA 1995 kaum 12%, in Irland dagegen über 70% beträgt.<sup>19</sup> Die Quote wäre allerdings noch deutlich höher, wenn aus der nationalen Wertschöpfung die nur begrenzt handelbaren Dienstleistungen mit ihrem Anteil von deutlich über 50% herausgerechnet werden.<sup>20</sup>

Erheblich dynamischer als bei den Gütermärkten vollzog sich die Kapitalmarktintegration, auch wenn diese im Vergleich zum Warenverkehr mit einiger Verspätung einsetzte. Dies sei anhand der Direktinvestitionen durch die Gründung, Übernahme oder Beteiligung an Unternehmen im Ausland illustriert sowie an den Portfolioinvestitionen, die sich auf den (häufig nur temporären) Erwerb von Fondsanteilen oder Aktien beschränken (Tabellen 3 und 4). Ein ähnliches Bild vermitteln die in Tabelle 5 wiedergegebenen internationalen Anleihe- und Aktientransaktionen sowie der Derivatehandel (Tabellen 6 und 7).

Tabelle 3

*Direkt- und Portfolioinvestitionen**(Summe der absoluten Werte, in Prozent des BIP)*

	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89	1990-95
USA	1,0	1,5	1,4	2,9	3,3
Japan	./.	0,6	2,6	5,9	3,7
Deutschland	1,2	1,3	1,7	5,2	6,3
Frankreich	./.	1,3	2,1	4,1	7,2
Großbritannien	3,6	4,0	5,4	14,4	11,9

Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook, Washington D. C., May 1997, S. 60.

Generell bleibt festzuhalten, daß sich die Direkt- und Portfolioinvestitionen zwischen der ersten Hälfte der achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre mehr als verdreifacht haben. Auf die ausländischen Direktinvestitionen beschränkt, ergibt sich Ende 1995 ein Bestand in Höhe von 9,8% des BIP für die USA, 6,3% für Japan, 10,3% für Deutschland und gar 27,9% für Großbritannien.<sup>21</sup> Im Ergebnis dieser geographischen Diversifizierung des Kapitalstocks werden heute zwischen dreißig und vierzig Prozent des Welthandels mit Gütern und Dienstleistungen innerhalb der dabei dominierenden Multinationalen Unternehmen abgewickelt; und mehr noch übersteigt der Absatz ihrer Auslandsniederlassungen deutlich den direkten Warenaus-

19 Vgl. OECD Economic Outlook, Paris, Nr. 62, Dezember 1997, S. 21. Die Außenhandelsquote bestimmt sich aus der halbierten Summe aus Ex- und Import. Zu berücksichtigen sind allerdings die insbesondere seit den achtziger Jahren auftretenden starken Verzerrungen durch Wechselkursveränderungen.

20 Dann ergibt sich etwa für die USA 1992 ein Außenhandelsanteil von 34,8% an den handelbaren Gütern, während dieser 1950 noch bei nur 8,9% lag, vgl. International Monetary Fund, World Economic Outlook, Washington D. C., May 1997, S. 46

21 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, 67. Jahresbericht, 1997, S. 37.

tausch. Dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß Direktinvestitionen zunehmend auch in den Bereich der Dienstleistungen fließen und sich damit die sektorale Verteilung dem nationalen Muster annähert. So entfielen 1994 innerhalb der OECD bereits 53,8% aller Auslandsinvestitionen auf den tertiären Sektor und davon wiederum 29,2% auf die Finanzdienstleistungen - allerdings mit ebenfalls nicht unerheblichen nationalen Variationen, wie Tabelle 4 zeigt.

Tabelle 4  
*Sektorale Verteilung der Direktinvestitionen*  
*(Bestände 1994, Angaben in Prozent des BIP)*

	USA	Japan	Deutschland	Großbritannien
Primärsektor	11,8	5,0	1,2	19,9
Sekundärsektor	35,0	27,8	32,9	38,9
Tertiärsektor	53,2	65,5	65,8	41,2
<i>darunter: Finanzsektor</i>	<i>36,5</i>	<i>18,9</i>	<i>23,8</i>	<i>27,5</i>

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, 67. Jahresbericht 1997, S. 37.

Dies reflektiert zum einen die zunehmende Tertiarisierung der Volkswirtschaften, wobei allerdings in den USA (mit annähernd 80%) und Großbritannien (mit über 60%) der nationale Anteil der Dienstleistungen noch deutlich über den Auslandsengagements in diesem Sektor liegt. Zum anderen schlägt sich darin nieder, daß Dienstleistungen nur begrenzt handelbar sind, ein Engagement etwa im Hotelgewerbe oder bei Tankstellen folglich direkte Investitionen erfordert. Und nicht zuletzt reflektieren die Daten das besonders dynamische Wachstum der internationalen Kapitalmärkte im Verlauf der letzten zwanzig Jahre.

Während die internationalen Bankkredite keinen eindeutigen Trend offenbaren und deutlich konjunkturellen Schwankungen unterliegen,<sup>22</sup> hat sich der internationale Wertpapierhandel nachgerade explosionsartig entwickelt (Tabellen 5 bis 7).

22 BIZ, Jahresberichte 1980 (S. 107), 1985 (S. 127), 1990 (S. 139), 1996 (S. 156), 1997 (S. 135).

Internationale Bankkredite (Neuausleihungen, netto, Milliarden US Dollar)

1978	1980	1982	1984	1986	1988	1990	1992	1994	1996
110,0	160,0	95,0	85,0	200,0	225,0	430,0	165,0	190,0	405,0



Tabelle 5  
*Internationale Anleihe- und Aktientransaktionen*  
*(Bruttowertpapierkäufe- und -verkäufe, in Prozent des BIP)*

	1975	1980	1985	1990	1995
USA	4	9	35	89	135
Japan	2	8	62	119	65
Deutschland	5	7	33	57	172
Frankreich	./.	5	21	54	180
Großbritannien	./.	./.	368	690	./.

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, Jahresbericht 1997, S. 88;  
 International Monetary Fund, World Economic Outlook, Washington D. C., May 1997, S. 60.

Betrugen die grenzüberschreitenden Transaktionen bei Anleihen und Aktien noch 1980 im Durchschnitt kaum 10% des BIP, so liegen sie fünfzehn Jahre später nahezu durchgängig über 100%. Noch dynamischer entwickelte sich der Terminhandel mit den „abgeleiteten“ Finanzinstrumenten, den Derivaten (Tabellen 6 und 7).

Neben den an Börsen wie der Londoner LIFFE oder der Deutschen Terminbörse gehandelten Derivaten wurden zunehmend auch außerbörsliche Instrumente kreiert, deren Volumen, wie Tabelle 7 zeigt, noch um einiges schneller gewachsen ist.

Nicht erst die Erfahrung, daß ein einziger *trader* im fernen Singapur, Jack Leeson, mit milliardenschweren Wetten auf den Yen die Londoner Barings Bank in den Ruin spekulieren konnte, hat die Gefahren sichtbar gemacht, die einzelnen Marktteilnehmern und darüber hinaus dem internationalen Finanzsystem durch das explosionsartige Wachstum jener Finanzinstrumente drohen, die einst zur Risikoabsicherung erfunden wurden. Gleichwohl ist es, nachdem Mitte der neunziger Jahre intensiv über Risikomanagement sowie eine Verbesserung der Transparenz und Aufsicht debattiert und einzelne Maßnahmen eingeleitet wurden, still geworden - bis zum nächsten *crash*.

Tabelle 6

*Internationaler Derivatehandel - Börsengehandelte Instrumente  
(Zins-, Währungs-, Aktien-Optionen und -Futures)*

	Ausstehender Nominalbetrag (Mrd. USD)	Umsatz (Billionen USD)	Zahl der Kontrakte (Millionen)
1986	./.	./.	146,1
1987	./.	./.	214,0
1988	1 306,0	./.	227,1*
1989	1 766,6	./.	420,4
1990	2 290,4	123,4	478,3
1991	3 519,3	135,2	510,5
1992	4 634,4	181,9	635,6
1993	7 771,1	227,8	788,0
1994	8 862,5	340,4	1 140,2
1995	9 188,2	333,8	./.
1996	9 884,6	321,7	./.

\* Bis hier nur Zins- und Währungsderivate

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, Jahresberichte 1991 (S. 153), 1992 (S. 197), 1994 (S. 124), 1995 (S. 202), 1996 (S. 170), 1997 (S. 147f).

Tabelle 7

*Internationaler Derivatehandel - Außerbörsliche Instrumente  
(Zins- und Währungsswaps sowie sonstige swapbezogene Derivate)*

	Ausstehender Nominalbetrag (Mrd. USD)	Neue Kontrakte Nominalbetrag (Mrd. USD)
1989	./.	1 347,1
1990	3 450,3	1 769,3
1991	4 449,4	2 332,9
1992	5 345,7	3 717,0
1993	8 474,6	5 517,0
1994	11 303,2	./.
1995	17 712,6	./.
1996	24 292,0	./.

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, Jahresberichte 1993 (S. 139), 1995 (S. 204), 1996 (S. 170), 1997 (S. 147).



#### 4. *Déjà vu* - die Marktintegration in historischer Perspektive

Die zumal in den letzten beiden Jahrzehnten stark angewachsene internationale Handels- und Kapitalverflechtung dient im Verein mit den noch weit dynamischer expandierenden grenzüberschreitenden Finanztransaktionen als Ausweis eines weltwirtschaftlichen Strukturwandels, der eine qualitativ neue Dimension signalisiert. Um die ordnungspolitischen Implikationen angemessen beurteilen zu können, ist es allerdings angezeigt, einen Blick in die Geschichte zu werfen, denn präzedenzlos ist diese Internationalisierung keineswegs. Abgesehen davon, daß die kapitalistische Wirtschaft von ihren Anfängen grenzüberschreitende „Welt“wirtschaft war, begrenzt nur durch das aktuell erschlossene und technologisch erschließbare Territorium, so variierte das Ausmaß doch erheblich. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Internationalisierung der Ökonomie unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, einen vorläufigen Tiefpunkt im Gefolge der Weltwirtschaftskrise.

Bereits in der - aus deutscher Perspektive - industriellen „Gründerzeit“ von 1870 bis 1913 wuchsen die Exporte der führenden Industriestaaten mit einer Jahresrate von 3,5% schneller als das Sozialprodukt, dessen Wachstum durchschnittlich 2,7% betrug. Damit erreichten sie 1913 einen Anteil an der globalen Wertschöpfung, der erst 1970 eingestellt werden konnte.<sup>23</sup> Zur Illustration: Unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg entsprach der Export des Deutschen Reichs 17,5% und der Import 20,2% des damaligen Sozialprodukts, bis zum Ende der Weltwirtschaftskrise Mitte der dreißiger Jahre sanken die Anteile auf den Tiefpunkt von 6,0% beziehungsweise 5,7%, um dann seit den fünfziger Jahren erneut kontinuierlich anzusteigen, auf 19,5% für den Export und 16,9% für den Import im Jahre 1969.<sup>24</sup>

Ähnlich verhält es sich bei den Kapitaltransfers, den Direktinvestitionen, Krediten und Auslandsanleihen, die um die Jahrhundertwende vor allem in die Entwicklungsökonomien Nord- und Südamerikas, Osteuropas und Australiens flossen. In der Spitze betrugen die Leistungsbilanzüberschüsse der wichtigsten Kapitalexporthoren Großbritannien, Frankreich und Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg zwischen 5 und 9% des BIP - ein Wert, den bis zur jüngsten Zeit selbst Japan und Deutschland in der Phase ihrer höchsten Überschüsse Ende der achtziger Jahre mit 4 bis 5% des BIP nicht wieder erreichten.<sup>25</sup> Im Ergebnis beliefen sich 1913 die Auslandsanlagen Großbritanniens auf brutto 20 Milliarden US Dollar (1938: 22,9 Mrd. USD), die Frankreichs auf 9 Milliarden USD (1938: 3,85 Mrd. USD), die Deutschlands auf 5,8 Milliarden USD (1938: 700 Mio. USD) und die der USA auf 3,5 Milliarden USD (1938: 11,65 Mrd. USD).<sup>26</sup>

---

23 IMF, a.a.O. (Anm. 20), S. 112. Allerdings gab es auch hier nicht unwesentliche nationale Unterschiede, denn während Deutschland in den Jahren von 1880 bis 1913 ein durchschnittliches Wachstum seiner Exporte von 4,3% (1913-1929: 0,1%) verzeichnen konnte, waren dies bei den USA nur 3,2% (1913-1929: 3,0%) und bei Frankreich und Großbritannien lediglich 2,6% (1913-1929: 2,4% bzw. -0,8%), vgl. Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre, in: Wolfram Fischer (Hg.), Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, München, 1978, S. 344.

24 Vgl. Carlo M. Cipolla (Hg.), The Fontana Economic History of Europe. The Twentieth Century, Part One, Glasgow (Collins), 1976, S. 248.

25 IMF, a.a.O. (Anm. 20), S. 113f.

26 Vgl. William Woodruff, Impact of Western Man. A Study of Europe's Role in the World Economy 1750-1960, London u.a. (Macmillan), 1966, S. 154-156; vgl. auch Gerd Hardach, Deutschland in der Weltwirtschaft 1870-1970, Frankfurt a. M. (Campus), 1977, S. 100.



Die Gründe für die rasche Ausbreitung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten waren damals prinzipiell die gleichen wie heute: der technologische Fortschritt, in dessen Folge die Transportkosten stark zurückgingen; sinkende Zölle, auch wenn diese nur bilateral vereinbart wurden (dank der Meistbegünstigung aber de facto ein multilaterales Regime konstituierten) und mit 10 bis 15% zu Beginn des Jahrhunderts noch ein mehrfaches der heute innerhalb der Welthandelsorganisation geltenden Sätze betragen; und schließlich ein freier Kapitalverkehr, den damals der gemeinsame Goldstandard und heute die nach 1973 eingeleitete, graduell und individuell umgesetzte Beseitigung der nationalen Kapitalverkehrskontrollen ermöglichten.

Zu Beginn des Jahrhunderts waren die National- in signifikantem Umfang international orientierte Ökonomien geworden. Mit Ricardo im Gepäck und ganz im Sinne des Liberalismus bildeten die absoluten Nutzenkalküle der internationalen Arbeitsteilung den Antrieb zur Öffnung der nationalstaatlich gezogenen Grenzen. Und auch damals schon geriet die *raison d'être* der Nationalstaaten ins Wanken, wurde ihre Souveränität in Frage gestellt.

Die kritische Würdigung des Staates jener Zeit beschränkte sich keineswegs nur auf den Anarchismus. So wollten etwa auch die Bolschewiki, zumindest in der Phase der Leninschen „Kinderkrankheiten des Kommunismus“ die staatliche Diktatur der Bourgeoisie revolutionär in einer gesellschaftlichen Diktatur des Proletariats auflösen - was indes, als die Marxsche Inspiration nachließ, zur beständigen Stärkung des nunmehr proletarischen Staates mutierte. Auch auf der anderen Seite gab es eine - liberale - Staatskritik, die den Staat auf seine drei Kernfunktionen beschränken wollte: „Schutz des Eigentums, der Freiheit und des Friedens.“<sup>27</sup> Und es gab liberale Internationalisten, die wie etwa Norman Angell in auch heute vertrauter *end-of-history*-Weise in Folge des Freihandels das Zeitalter des ewigen Friedens heraufziehen sahen.

Das war, wie wir heute wissen, ein dramatischer Irrtum.<sup>28</sup> Nicht nur, daß der Erste Weltkrieg solche optimistischen Annahmen über die friedensstiftende Wirkung des wirtschaftlichen Austauschs Lügen strafte. Auch danach gelang es trotz einiger Anstrengungen, aber mangels geeigneter Instrumente, kaum mehr, an das Freihandelsregime der Vorkriegszeit anzuknüpfen, das mit der Weltwirtschaftskrise schließlich vollständig zusammenbrach. Im Zuge der auf die Depression und Deflation folgenden *beggar-thy-neighbour*-Politik löste sich die Weltwirtschaft in gegeneinander abgeschottete Wirtschaftsblöcke, wie den angelsächsischen Sterling-Block und den frankophonen Gold-Block, auf - eine frühe und besonders radikale Variante der Geoökonomie. Von dort war es nur ein kleiner Schritt zum neuerlichen kriegerischen Kataklysmus. Erst das multilaterale Handels- und Währungsregime der zweiten Nachkriegszeit mit seinen Eckpfeilern GATT und Internationaler Währungsfond erlaubte eine neuerliche, wenngleich regulativ gesteuerte Öffnung - bis dann nach kaum 25 Jahren erneut die Dämme

---

27 Ludwig Mises, *Liberalismus*, Jena (Gustav Fischer), 1927, S. 33. Über die Zusammenhänge führte er aus: „Das Problem der Staatsgrenzen, heute von unendlicher Wichtigkeit, muß seine Bedeutung verlieren. Die Völker müssen erkennen, daß das wichtigste Problem der äußeren Politik die Herstellung des ewigen Friedens ist, und sie müssen begreifen, daß man den Weltfrieden nur sichern kann durch Einschränkung der Staatstätigkeit auf das engste Gebiet, so daß dem Staate und seiner räumlichen Begrenzung nicht mehr jene überragende Bedeutung für das Leben des einzelnen zukommt, die es verständlich erscheinen läßt, daß in der Vergangenheit und in der Gegenwart Ströme von Blut vergossen werden, um die Grenzen der einzelnen Staaten abzustecken.“ (S. 127).

28 Ebenda, S. 24: „Zur Zeit der höchsten Blüte des Liberalismus hielt man allgemein Kriege zwischen den Angehörigen der weißen Rasse für immerdar als abgetan. Doch es kam anders. Die liberalen Ideen und Programme wurden durch Sozialismus, Nationalismus, Protektionismus, Imperialismus, Etatismus, Militarismus verdrängt. (...) Das Ende war der Große Krieg, der unserer Zeit eine Art Anschauungsunterricht für das Problem der Unverträglichkeit des Krieges mit der Arbeitsteilung gegeben hat.“



brachen, wenn auch mit bis auf weiteres ganz anderen Konsequenzen. Die Geschichte dieses Jahrhunderts hält folglich sowohl aus globalisierungstheoretischer als auch aus geoökonomischer Perspektive reichlich Anschauungsmaterial bereit, das für eine angemessene Bewertung aktueller Phänomene unverzichtbar ist.

## 5. Globalisierung ohne *governance*?

Eine - eher zurückhaltende - Definition der „Globalisierung“ bezeichnet diese als einen Prozeß, „bei dem grenzüberschreitende Interaktionen sich intensivieren, Räume gesellschaftlichen Handelns sich über den Nationalstaat hinaus ausdehnen bzw. sich von Territorien loslösen und das gesellschaftliche Bewußtsein um die globalisierte Welt zunimmt“.<sup>29</sup> Das ist, wie wir beim Liberalismus des 19. Jahrhunderts gesehen haben, nichts genuin Neues. Es kann daher nicht verwundern, daß das Gros der Globalisierungsrhetoriker und -theoretiker weiter geht. Bei ihnen macht zugespitzt das Spezifikum der Globalisierung aus, daß Grenzen nicht nur wie bei der Internationalisierung überschritten oder wie bei der Liberalisierung geöffnet, sondern daß sie überwunden und obsolet werden.<sup>30</sup> An die Stelle der nationalstaatlich repräsentierten territorialen Bezüge treten zunehmend supraterritoriale Handlungszusammenhänge, sei es in Gestalt der trans- nicht multinationalen Unternehmen, der trans- nicht internationalen Kommunikationsnetze oder des sich formierenden einheitlichen Weltmarktes für Güter, Kapital und (partiell) auch Arbeit. In 50 Jahren, so die Globalisierungsthese, wird bei Fortführung dieser Trends das internationale System daher „grundlegend anders“ aussehen.<sup>31</sup>

Das begründet nun insoweit eine Kausalität *sui generis*, als mit der Globalisierung die Bedingungen für staatliches Handeln wie für das Handeln innerhalb der staatlichen Grenzen zunehmend von außen gesetzt werden. Soweit die in der Globalisierungsdebatte besondere Prominenz beanspruchende ökonomische Dimension angesprochen ist, streiten sich über die Folgen (liberale) Optimisten, die auf den absoluten Nutzen und (Kapitalismus-kritische) Pessimisten, die auf die sozialen Kosten verweisen. Einig hingegen sind sich beide, daß die globale Entfesselung der produktiven wie der nicht so produktiven Kräfte dem Staat seine soziale Kompetenz und makroökonomische Steuerungsfähigkeit, kurz: seine Souveränität raubt. Mit anderen Worten wird der Staat auf eine abhängige Variable des Marktes reduziert, was nun in der Tat das internationale System grundlegend verändern würde.

Da konnte Widerspruch nicht ausbleiben. Kritiker der bereits aktuell Geltung beanspruchenden und bei Fortschreibung der perzipierten Trends noch weit gravierendere ordnungspolitische Konsequenzen insinuerenden Globalisierungsthese stellen deren empirischen Gehalt, zumindest aber die Signifikanz der beobachteten Phänomene in Frage. So seien etwa die multinational operierenden Unternehmen, sichtbarster Ausdruck und prominentester Träger der Globalisierung, weit davon entfernt, als transnational gelten zu können; ihre prägende Basis bleibe der

---

29 Marianne Beisheim, Gregor Walter, „Globalisierung“ - Kinderkrankheiten eines Konzeptes, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 4, Nr. 1, 1997, S. 157.

30 Vgl. Jan Art Scholte, Global capitalism and the state, in: International Affairs (London), Jg. 73, Nr. 3, 1997, S. 430f.

31 Jessica T. Mathews, Power Shift, in: Foreign Affairs, Jg. 76, Nr. 1, 1977, S. 66.



Heimatstandort und das „globale Unternehmen“ weithin ein „amerikanischer Mythos“.<sup>32</sup> So wird auf die im historischen Vergleich wie absolut, horizontal wie vertikal begrenzte Reichweite der internationalen Verflechtung, gleich ob im Warenverkehr oder bei den Investitionen, verwiesen. Auch könne in Anbetracht der zwar angenäherten, aber immer noch national variierenden Preise und Zinsen von einem einheitlichen Weltmarkt für Güter und Kapital keine Rede sein. Und selbst zu den atemberaubenden Brutto-Volumina internationaler Finanztransaktionen wird einschränkend angemerkt, daß diese ohne Rückbindung an die nationalen Kapitalmärkte weder vorstellbar, noch daß sie in der Lage seien, die fundamentalen Imperative nationaler Haushalts- und Geldpolitik außer Kraft zu setzen.<sup>33</sup>

Abgesehen von der empirischen Evidenz wirft die These von der in Richtung Entgrenzung und Entstofflichung fortschreitenden Globalisierung konzeptionelle Probleme auf.<sup>34</sup> Zunächst einmal ist es nichts Neues, daß der Staat Grenzen braucht und der Markt diese überwindet. Dies und die daraus resultierende Spannung macht vielmehr seit je die Essenz der politischen Ökonomie aus. Zwar hat sich die wechselseitige Beeinflussung und die Interaktion zwischen Staat und Markt im Verlauf der Geschichte - wie gesehen zyklisch - verändert, und sie hat unterschiedliche politische Rezepturen, vom liberalen Internationalismus bis zum merkantilistischen Nationalismus, hervorgebracht. Das ändert jedoch nichts daran, daß Staat und Markt verschiedene Organisationsprinzipien repräsentieren - die funktionale, durch den Preismechanismus und Vertragsbeziehungen gesteuerte Integration auf der einen sowie die an Territorium und Loyalität gebundene und durch das Gewaltmonopol abgesicherte Exklusivität auf der anderen Seite. Beide haben sich zudem als die bis dato effizienteste Form der Organisation menschlicher Beziehungen durchgesetzt - zur Schaffung von Wohlstand die eine und zur Sicherung von Herrschaft die andere.<sup>35</sup> Sie sind folglich nicht ohne weiteres wechselseitig substituierbar.

In umgekehrter Analogie zu dem gescheiterten marxistisch-leninistischen Experiment einer etatistischen Überwindung des Marktes stellt nun indes auch die Globalisierungsthese diese Zusammenhänge und damit die politische Ökonomie auf den Kopf. Danach hat die fortschreitende Internationalisierung der Ökonomie nicht lediglich ganz profan eine neue Runde im Zusammenspiel zwischen Staat und Markt eingeleitet. Vielmehr habe sie den Staat supraterritorial überwunden und zu einer folkloristischen Randerscheinung des Marktes verkümmern lassen. Damit diese These im Sinne einer politischen Ökonomie plausibel wird, darf jedoch nicht nur der wirtschaftliche Wandel betrachtet, es müssen auch (korrespondierende) Veränderungen in der staatlichen Organisation von Herrschaft diagnostiziert werden. Hier ist jenseits der offenbar unwiderstehlichen Faszination ökonomischer Phänomene auf eine Reihe von Diskrepanzen aufmerksam zu machen.

---

32 William W. Keller/Louis W. Pauly, Globalization at Bay, in: *Current History*, Jg. 96, Nr. 613, November 1997, S. 373; vgl. auch Louis W. Pauly/Simon Reich, National structures and multinational corporate behaviour: enduring differences in the age of globalization, in: *International Organization*, Jg. 51, Nr. 1, Winter 1997, S. 1-30.

33 Vgl. z. B. Paul Hirst, The global economy - myths and realities, in: *International Affairs* (London), Jg. 73, Nr. 3, 1997, S. 420-423.

34 Vgl. zu diesen Begriffen in einem sehr abwägenden Beitrag Lothar Brock, Globaler Wandel und Staatenpolitik. Plädoyer für Multilateralismus, Frankfurt/M. (HSFK-Standpunkte, Nr. 7), 1997, S. 5.

35 Vgl. Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton (Princeton University Press), 1987, S. 8-11. Eine Alternative bietet Richard Rosecrance an, der beides schlicht in unterschiedlichen Staatstypen aufgehoben sieht, dem „Territorialstaat“, dem es um Machtakkumulation gehe, und dem „Handelsstaat“, der an Wohlstandsmehrung interessiert sei, vgl. ders. *Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt/M. (Campus), 1986.



So ist der Staat weit davon entfernt, sich im Zuge des industriellen oder auch des post-industriellen Entwicklungsprozesses aus dem Wirtschaftsleben zurückzuziehen. Im Gegenteil. Wenn der von Ferdinand Lassalle inkriminierte „Nachtwächterstaat“ im Sinne liberaler Postulate je Geltung beanspruchen konnte, dann zu Beginn des Jahrhunderts. Seither weist die Staatsquote, in der alle öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ausgedrückt werden, nur noch eine Richtung auf: nach oben - gleich ob in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität oder Rezession und gleich ob unter den Prämissen keynesianischer Globalsteuerung oder monetaristischer Deregulierung. Geblieben ist allein das Tabelle 8 zu entnehmende von Land zu Land variierende relative Gewicht des Staates, was indes auch nicht gerade ein Beleg für den Harmonisierungsdruck - *the race to the bottom* - des Weltmarktes ist.

Tabelle 8

*Staatsquote (Angaben in Prozent des BIP)*

	1913	1937	1960	1980	1990	1996
USA	1,8	8,6	27,0	31,8	33,3	33,3
Japan	8,3	25,4	17,5	32,0	31,7	36,2
Deutschland	14,8	42,4	32,4	47,9	45,1	49,0
Frankreich	17,0	29,0	34,6	46,1	49,8	54,5
Großbritannien	12,7	30,0	32,2	43,0	39,9	41,9
Schweden	6,3	10,4	31,0	60,1	59,1	64,7

Quelle: „The World Economy“, in: The Economist, Survey, 20. September 1997, S. 11.

Mit Ausnahme der ohnehin auf unter 5% des BIP begrenzten öffentlichen Investitionen sind alle Komponenten der Staatsausgaben gestiegen. Das gilt für die Aufwendungen der öffentlichen Verschuldung seit Mitte der siebziger Jahre ebenso wie für den Staatsverbrauch, den Verwaltungsaufwand und die unentgeltlichen Leistungen des Staates, der in Deutschland heute bei etwa 20% des BIP liegt - ein Wert, der im Anschluß an einen Rückgang von etwa 15% auf 13% des BIP zwischen 1950 und 1960 nach einer kontinuierlichen Steigerung erstmals 1980 erreicht wurde. Und es gilt für die Transferleistungen namentlich der Sozialversicherungen, die heute ebenfalls einen Anteil von über 20% des BIP auf sich vereinen.

Wenn, von den nach oben weisenden Trends einmal abgesehen, folglich wie in den europäischen Industrieländern nahezu ein Viertel der nationalen Wertschöpfung durch den Staat verbraucht und ein weiteres Viertel durch ihn umverteilt wird, dann läßt sich allein dieser Umstand wohl kaum mit der These in Einklang bringen, daß der Staat im Zeichen der Globalisierung zu einem impotenten Anhängsel des Marktes degeneriert und dessen Gesetzen unterworfen ist. Eine Ausnahme bilden allein die USA und Japan, was indes auf einen anderen zumindest bedenkenswerten Zusammenhang verweist. Beide Länder weisen mit einem Drittel des BIP nicht



nur die niedrigste Staatsquote, sondern mit knapp 12% im Falle der USA und kaum 8% bei Japan auch die niedrigste Außenhandelsquote aller Industrieländer auf. In Europa korrespondieren dagegen Außenhandelsquoten zwischen 20 und 30% mit Staatsquoten zwischen 45 und 55%. Diese positive Korrelation hat zu der Überlegung Anlaß gegeben, daß ein potenter Staat kein Hindernis, sondern im Gegenteil eine Bedingung für wirtschaftliche Öffnung sei - als schützendes Gegengewicht zu den Unwägbarkeiten des Weltmarktes ebenso wie als unverzichtbare Basis für globale Wettbewerbsfähigkeit.<sup>36</sup>

Nun laufen die politischen Trends der letzten Jahre mit den Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung und dem camouflierenden „Umbau des Sozialstaates“ prima facie in die entgegengesetzte Richtung. Dies wird zwar bevorzugt mit den Imperativen der Globalisierung begründet. Doch sollte wohlfeile politische Rhetorik, die sich im Sinne moralischer Entlastung und politischer Durchsetzungsfähigkeit nur zu gerne sinistren Sachzwängen von außen unterwirft, nicht dazu verleiten, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Auch geht es weniger darum, den Staat als solchen zurückzudrängen, als vielmehr darum, eine spezifische Variante um- oder ehrlicher abzubauen: den Wohlfahrtsstaat. Er verdankt sich der singulären wirtschaftlichen Expansion in den fünfziger und sechziger Jahren, die im verklärenden Rückblick als *Golden Age* in die Geschichte eingegangen sind. Der Wohlfahrtsstaat ist im Unterschied zum einstigen „Nachtwächterstaat“ nicht nur ökonomisch interventionistisch, er ist in gewisser Weise auch einer insularen Logik verpflichtet, die mit internationalem Freihandel ebenso kollidiert wie sie dazu neigt, Anpassungslasten nach außen zu verlagern. Seine unübersehbare Krise, die zugleich auch eine Krise der parallel expandierten Erwartungen an seine Leistungsfähigkeit ist, nun vor allem der Globalisierung zuschreiben zu wollen, stellt eine zumindest verengte Perspektive dar.

Dem stehen zum einen die zeitlichen Abläufe entgegen, denn ihren Ausgang nahm die Anpassungskrise der wohlfahrtsstaatlichen Ökonomien bereits mit der „Stagflation“ der siebziger Jahre. Zum anderen sind auch deren Gründe nicht nur national zu bewältigen, sondern ebenso in erheblichem Umfang national produziert. Am offenkundigsten ist die seit Ausgang der sechziger Jahre kontinuierliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums mit der Folge einer zumindest im OECD-Europa kontinuierlich steigenden Arbeitslosigkeit. Dabei handelt es sich insoweit um ein *jobless growth*, als seither nur in wenigen Jahren jene magische „Wachstumsschwelle“ von etwa 3% überschritten wurde, die gemeinhin als Grenzwert für die Schaffung neuer Arbeitsplätze angesehen wird.<sup>37</sup> Der umgekehrte Weg der USA, über ebenso kontinuierlich sinkende Realeinkommen und die *working poor* die Arbeitslosigkeit einzudämmen, ist lediglich eine andere, bereits auf Sozialtransfers verzichtende Erscheinungsform des gleichen Phänomens.<sup>38</sup>

Daß anhaltend hohe Arbeitslosenraten bei anhaltend schwachem Wachstum die einschlägigen Sozialbudgets - einst zur Überbrückung temporärer Beschäftigungslosigkeit konzipiert - von

---

36 Vgl. Peter Evans, *The Eclipse of the State? Reflections on Stateness in an Era of Globalization*, in: *World Politics*, Jg. 50, Nr. 1, Oktober 1997, S. 68-70. Ausführlich auch Dani Rodrick, *Has Globalization Gone too far?*, Washington (Institute for International Economics), 1997, S. 49-67; ders., *Sense and Nonsense in the Globalization Debate*, in: *Foreign Policy*, Nr. 107, Sommer 1997, S. 25-27.

37 Vgl. u.a. Hans Peter Basler, *Der Stoff, aus dem Zukunftsangst gemacht ist*, in: *Frankfurter Rundschau*, 9. März 1998, S. 12.

38 Vgl. hierzu Paul Krugman, *Europe jobless, America penniless?*, in: *Foreign Policy*, Nr. 95, Sommer 1994, S. 19-26; Lester Thurow, *The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Shape Tomorrow's World*, New York (William Morrow), 1996, S. 35-39.



beiden, der Einnahme- wie der Ausgabenseite her, auszuheilen, kann kaum verwundern. Den gleichen Effekt haben zwei - gegenläufige - demographische Trends. Das betrifft zum einen die bis 1990 gestiegene Nachfrage nach Beschäftigung - etwa im Zuge des Baby Booms -, die die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes überstieg. Bei Deutschland trat noch eine signifikante Zuwanderung aus vornehmlich östlicher Richtung hinzu, was allerdings eher den wohlfahrtsstaatlichen *pull* als einen der Globalisierungsdynamik unterstellten *push* reflektiert, wenn man einmal davon absieht, daß die Einbeziehung der ehemals sozialistischen Länder in den Orbit der kapitalistischen Weltwirtschaft auch als Ausdruck der Globalisierung erscheinen mag. Zum anderen betrifft es die fortschreitende Vergreisung der Industriegesellschaften, die zunehmend die herkömmlichen Systeme der Alterssicherung untergräbt.<sup>39</sup>

Offenbar sind die genannten Gründe zu banal, um die Phantasie anzuregen. Namentlich unter Globalisierungstheoretikern ist daher die These en vogue, daß dem Kapitalismus die Arbeit ausgehe, sei es, weil die Produktivität im Norden schneller wachse als die Nachfrage oder sei es, weil der Norden seine Arbeitsplätze schneller exportiere als die Anpassung der Standorte an die Ansprüche einer angemessenen Kapitalrendite gelingen könne. Abgesehen davon, daß beides nicht so recht zusammen paßt, so deuten auch hier empirische Evidenz und theoretische Zusammenhänge eher in eine andere Richtung.<sup>40</sup> Im Vergleich zum *Golden Age* ist die Arbeitsproduktivität in den vergangenen zwanzig Jahren nicht über- sondern mit weniger als 2% unterdurchschnittlich gewachsen.<sup>41</sup> Darum auch liegt die beschäftigungswirksame „Wachstumsschwelle“ heute niedriger als in den sechziger Jahren, was nicht zuletzt auf den Strukturwandel, die „Tertiarisierung“ mit ihrer höheren Beschäftigungsintensität, zurückzuführen ist. Auch hat die Kapitalrendite in der gewerblichen Wirtschaft der OECD-Länder nicht ab- sondern zugenommen: von etwa 14% am Beginn der achtziger Jahre auf 1997 über 20%.<sup>42</sup>

Der extern durch Produktionsverlagerungen und Importe induzierte Arbeitsplatzverlust schließlich wird zwar regelmäßig behauptet, ist aber kaum stichhaltig nachzuweisen. Unstrittig und gleichsam ein ehernes Gesetz des Marktes ist allein, daß sektoral immer wieder Arbeitsplätze verloren gehen. Das führt regelmäßig zu sozialen Verwerfungen und löst ebenso regelmäßig protektionistische Reflexe aus. Die Maßnahmen zum Schutz „seniler“ Branchen wie der Textil- und Stahlindustrie in Europa sowie die Subventionierung der deutschen Steinkohle sind hier Beispiele. Damit ist allerdings noch keine Aussage über die gesamtwirtschaftlichen Nettoeffekte offener Regime getroffen und wird lediglich bekräftigt, daß sich keine Ökonomie auf ihren Errungenschaften ausruhen kann.<sup>43</sup> Vielmehr müssen gerade auch die Industriestaaten ihr

---

39 Vgl. zur Illustration etwa die Projektionen des Internationalen Währungsfonds, wonach sich bis zum Jahre 2050 in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Japan unter Beibehaltung der geltenden gesetzlichen Regelungen eine Finanzierungsschere der Rentenversicherungen aufbaut, die sich auf mehr als 100% ihres jährlichen BIP beläuft, IMF, World Economic Outlook, Washington, May 1996, S. 53-56.

40 Vgl. kritisch Paul Krugman, Is Capitalism Too Productive?, in: Foreign Affairs, Jg. 76, Nr. 5, 1997, S. 79-94.

41 OECD Economic Outlook, Paris, Nr. 62, Dezember 1997, S. A66. Im Durchschnitt aller OECD-Staaten betrug das Wachstum zwischen 1960 und 1973 4,6%, von 1973 bis 1979 1,8% und von 1979 bis 1996 1,6%.

42 Ebenda, S. A28.

43 Eine populäre, aber ökonomische Kreisläufe souverän negierende These unterstellt den globalisierenden Produktionsverlagerungen zumal in Niedriglohnländern, daß diese zu Überkapazitäten führe und damit das globale Wirtschaftssystem untergrabe, vgl. kritisch dazu neben Krugman, a.a.O. (Anm. 40), S. 83-91; Rodrik, Foreign Policy, a.a.O. (Anm. 36), S. 30-33.



Innovations- und Entwicklungstempo beibehalten, wenn nicht sogar in Anbetracht der verkürzten Entwicklungszyklen beschleunigen.

Einen statischen Markt gibt es weder im nationalen noch im internationalen Gewand. So wie sein Preismechanismus permanent den wirtschaftlichen Wandel vorantreibt, so untergräbt der Markt permanent die gesellschaftliche Stabilität und damit - würde der Staat nicht korrigierend eingreifen - seine eigene Existenzgrundlage. Hier liegen die auch aktuell unverzichtbaren minimalen Aufgaben des Staates: Er muß sicherstellen, daß die internationale wirtschaftliche Integration nicht mit sozialer Desintegration einhergeht; er muß ferner jene strategischen Infrastrukturinvestitionen bereitstellen, die der säkulare Wandel von der traditionellen Ressourcen- zur Wissensökonomie erfordert; und nicht zuletzt muß er einen internationalen ordnungspolitischen Rahmen vereinbaren, der einen freien Austausch von Gütern und Kapital garantiert.

## 6. Die Entfesselung der Finanzmärkte

In einem Bereich allerdings scheint es dank technologischer Innovationen dem Markt endgültig gelungen zu sein, sich den Staat zu unterwerfen. Wenn es heute möglich ist, durch nur einen Knopfdruck in Sekunden Millionen Dollar-, DM- oder Yen-Beträge durch international vernetzte Computer von einer Seite des Globus auf die andere zu transferieren, dann wirken die Regierungen mit ihrer nationalen Geldpolitik in der Tat wie der sprichwörtliche Kaiser ohne Kleider. Die Herrschaft der internationalen Geld- und Kapitalmärkte demonstriert den Globalisierungstheoretikern denn auch das eigentliche Bild der kapitalistischen Zukunft.<sup>44</sup> Doch bedarf auch dieses Bild einer genaueren Betrachtung.

Spätestens seit vor etwa 200 Jahren das Geld nicht länger wie einst Gold und Silber lediglich als eine „Gabe der Natur“ gelten konnte, sondern mit Noten und Kredit eine „Schöpfung des Staates“ wurde, war es den Regierungen aufgegeben, den Wert des Geldes in seinen drei für die Entfaltung der nationalen Ökonomie entscheidenden Funktionen als Tauschmittel, Buchungseinheit und Wertaufbewahrungsgröße zu sichern. Und spätestens seit auf dieser Grundlage der grenzüberschreitende Austausch organisiert wurde, waren Regierungen mit dem Dilemma konfrontiert, in ihrer Geldpolitik den Konflikt zwischen nationaler Autonomie und der Stabilität des internationalen Systems zu lösen.<sup>45</sup> Es ist dieser Konflikt, der die Wahl der beiden klassischen staatlichen Steuerungsinstrumente - administrative versus marktwirtschaftliche Festlegung des Außenwertes der Währung sowie Kontrolle versus Liberalisierung des internationalen Geldverkehrs - begrenzt. Sie sind nicht beliebig kombinierbar, gleichgültig, wie sehr die internationalen Finanzmärkte verflochten sind. Vielmehr haben die vergangenen 100 Jahre zwar unterschiedliche Modelle, aber nur eine Erfahrung hervorgebracht: Von den drei geldpolitischen Zielen - nationale Autonomie, feste Wechselkurse, offene Finanzmärkte - sind prinzipiell nur zwei simultan erreichbar.<sup>46</sup>

44 Vgl. z. B. Jürgen Neyer, Globaler Markt und territorialer Staat. Konturen eines wachsenden Antagonismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 2, Nr. 2, 1995, S. 294-296.

45 Vgl. Gilpin, a.a.O. (Anm. 35), S. 119-123.

46 Vgl. IMF, a.a.O. (Anm. 20), S. 69.



Der klassische Goldstandard beruhte in der Ära der Pax Britannica bis 1914 auf einer Kombination zwischen festen Wechselkursen und freiem Kapitalverkehr. Es war dank der fixierten Goldparität ein ebenso berechenbares wie rigides und zur Deflation neigendes Regime. Der Stabilität des internationalen Währungssystems unter britischer Kuratel verpflichtet, band es die verfügbare Geldmenge der beteiligten Länder an die Deckung durch Gold (oder Pfund Sterling) und schloß insoweit nationale Autonomie aus. Eine in Theorie und (modifizierender) Praxis signifikantere Einbuße an wirtschaftspolitischer Souveränität ist kaum vorstellbar. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Goldstandard mit Beginn des Ersten Weltkrieges im Zeichen der jeweils nationalen Mobilisierung aller Ressourcen zusammenbrach. Trotz mancher Sympathien zur Bändigung erratisch ausschlagender Wechselkurse konnte der Goldstandard bis heute nicht wieder aufleben. Allein die unilateral eingeführten Währungsrate (*currency boards*) einiger Länder wie Estland, Hongkong oder Bulgarien, mit denen diese ihre nationale Geldschöpfung bei festen Wechselkursen an die verfügbaren Reserven einer Ankerwährung binden, haben einen für die nationale Geldpolitik ähnlich restriktiven Effekt.<sup>47</sup>

Einen anderen Kompromiß wählte die 1944 in Bretton Woods geschaffene Nachkriegsordnung des *embedded liberalism* (John Ruggie). Sie suchte im Interesse einer aktiven wohlfahrtsstaatlichen Beschäftigungspolitik ein möglichst hohes Maß an nationaler Autonomie mit festen Wechselkursen zu kombinieren und beschränkte daher den freien Kapitalverkehr. Selbst die von Anbeginn vorgesehene Währungskonvertibilität im Waren- und Dienstleistungsverkehr wurde in den meisten beteiligten Ländern erst 1959 umgesetzt. Grundlage war eine Art Golddevisen-Standard, gestützt auf den US-Dollar und dessen auf 35 USD für die Feinunze Gold fixierte Parität, der damit den Anker und die für die internationale Liquidität entscheidende Reservewährung bildete. Funktionieren konnte jedoch auch dieses System, das so erfolgreich Staat und Markt zu verknüpfen schien und dem *Golden Age* den Weg ebnete, nur im Zeichen der hegemonialen Asymmetrie der Pax Americana. Als sich diese zugunsten der aufstrebenden Ökonomien Europas und Ostasiens verschob und zudem Johnsons *Great Society* in Kombination mit dem Vietnam-Krieg die nationalen Ressourcen inflationär strapazierten, spitzten sich die amerikanischen Währungs- und Leistungsbilanzprobleme in einer Weise zu, daß sich die USA nicht länger in der Lage sahen, die Kosten für die Verteidigung des Bretton-Woods-Systems zu tragen. 1971 wurde daher unilateral zuerst der Golddevisen-Standard suspendiert und anschließend der Dollar floatiert, das heißt: abgewertet.

An die Stelle von Bretton Woods trat 1973 ein *laissez faire*, das in mancherlei Hinsicht an die Zwischenkriegszeit und ihre nationale Prärogative erinnerte. Auch wenn es paradox klingt: Um auf beiden Seiten des Atlantiks die nationale Handlungsfreiheit zu wahren und sich gegenüber destabilisierenden Widrigkeiten aus anderen Volkswirtschaften abzusichern, wurden die Wechselkurse den Märkten überlassen und - dies im Unterschied zu den dreißiger Jahren - im Interesse einer marktkonformen Preisbildung schrittweise die verbliebenen Kapitalverkehrskontrollen beseitigt. Zwar gelang es auf diese Weise, die Anpassungsschocks der siebziger Jahre einigermaßen zu bewältigen, ein *deus ex machina* war damit jedoch erneut nicht gefunden. Weder konnten die Währungsrelationen über den Markt wie erwartet verstetigt werden, denn dieser produzierte im Gegenteil präzedenzlose Fluktuationen; noch erfüllte sich die Hoffnung auf eine ungeschmälert souveräne, den nationalen Präferenzen verpflichtete makroökonomische Politik. Die seit den siebziger Jahren zu verzeichnende drastische Ausweitung der öffentlichen und privaten Verschuldung, die Innovation immer neuer Finanzierungsinstrumente und

---

47 Vgl. Financial Times, 12. Februar 1998, S. 11; „The ABC of a currency board“, in: The Economist, 1. November 1997, S. 96.



die fortschreitende Integration der Kapitalmärkte schufen vielmehr eine kritische spekulative Masse, die kein Staat in seiner Wirtschaftspolitik ignorieren kann.

Allerdings dürfen auch hier Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden. Das gegenwärtige internationale Währungsregime beruht auf bewußten politischen Entscheidungen, die ausweislich der zeitlichen Abläufe nicht dem (informations-)technologischen Wandel oder der globalen Kapitalmarktintegration geschuldet sind, sondern allein einem Umstand: Im Unterschied zur Pax Britannica und zur Pax Americana gibt es heute keine politisch wie ökonomisch dominante Macht, die im Sinne der Theorie hegemonialer Stabilität in der Lage und bereit wäre, die Stabilität der internationalen Ordnung zu garantieren, sei es positiv als *market of first resort* und als *lender of last resort* oder sei es negativ durch die Sanktion von Regelverletzungen.<sup>48</sup> Mit den floatierenden Wechselkursen ist die Einhaltung der Regeln vielmehr in die nationale Verantwortung und das Risiko der Sanktion auf die Reaktionen der Finanzmärkte verlagert. Diese haben sich nun als ebenso unberechenbar wie durchschlagend erwiesen.

Was sich nach den Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre wie ein Versuch ausnimmt, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, hat zwar genuin neue Probleme und Risiken geschaffen, beruht aber auf dem schon vertrauten systematischen Dilemma jeder Währungspolitik, den Konflikt zwischen dem Wunsch nach nationaler Handlungsfreiheit und den Imperativen der internationalen Ordnung zu lösen. Hier sind prinzipiell nur Kompromisse möglich, und auch heute haben sich die Gewichte keineswegs soweit verschoben, daß allein die internationalen Märkte den Ton an- und die nationale Wirtschaftspolitik allenfalls noch die Begleitmusik abgeben würde.

Mit der ergänzenden Variable der Wechselkurse hat sich zweifellos die Wirkung der klassischen fiskalischen und monetären Instrumente, die den Staaten zur makroökonomischen Steuerung zur Verfügung stehen, verändert. Doch sind diese keineswegs wirkungslos geworden.<sup>49</sup> Zwar ist in nur zehn Jahren der tägliche Umsatz auf den Devisenmärkten von 188 Millionen US-Dollar im Jahre 1986 auf 1,2 Billionen US Dollar Mitte der neunziger Jahre gestiegen, was 85% der weltweiten Währungsreserven entspricht.<sup>50</sup> Das allein läßt die Grenzen erkennen, die korrigierenden Devisenmarktinterventionen der Zentralbanken heute gesetzt sind - eine Erfahrung, die 1992 etwa Großbritannien machen mußte, als es sich mit nationalen Mitteln nicht länger einer Spekulationswelle gegen das britische Pfund erwehren konnte und zum Ausstieg aus dem Europäischen Währungssystem gezwungen wurde.<sup>51</sup> Daß sich indes auch unter heutigen erschwerten Bedingungen selbst relativ kleine Notenbanken erfolgreich gegen kurzfristig

48 Vgl. zu dieser Theorie, die vor allem durch Charles Kindleberger in der Analyse der politischen Strukturen der Weltwirtschaft Prominenz erlangt hat, hier Robert Gilpin, *War and Change in World Politics*, Cambridge (Cambridge University Press), 1981; Stephen D. Krasner, *State Power and the Structure of International Trade*, in: *World Politics*, Jg. 28, Nr. 3, 1976, S. 315-347. Eine eindrucksvolle Kritik findet sich bei Isabelle Grunberg, *Exploring the „myth“ of hegemonic stability*, in: *International Organization*, Jg. 44, Nr. 4, 1990, S. 431-477.

49 Vgl. zur Wirkung einer expansiven Haushalts- bzw. Geldpolitik unter verschiedenen Handels- und Währungsregimen, „The World Economy“, in: *The Economist*, Survey, 20. September 1997, S. 39; Michael C. Webb, *International economic structures, government interests, and international coordination of macroeconomic adjustment policies*, in: *International Organization*, Jg. 45, Nr. 3, 1991, S. 318f.

50 Vgl. IMF, a.a.O. (Anm. 20), S. 64. Daß diese Volumina so einschüchternd nicht sein müssen, diskutiert Malte Krüger, *Keine Angst vor Spekulanten*, in: *Handelsblatt*, 3. Januar 1996, S. 25.

51 Wie vergleichbare Ursachen in Gestalt makroökonomischer Ungleichgewichte auch unter einem anderen internationalen Regime - dem von Bretton Woods - vergleichbar traumatische Folgen erzwingen können, mußte Großbritannien bereits bei der ersten großen Pfund-Abwertung im Jahre 1966 erfahren.



angelegte Währungsattacken behaupten können, demonstrierte unlängst Hongkong - und dies trotz eines höchst einladenden Umfeldes in Anbetracht der politischen Verunsicherung nach Rückgabe an die VR China und vor dem Hintergrund der „Asien-Krise“, die auch im Stadtstaat spekulative Blasen und ein fragiles Bankwesen offenbarte.<sup>52</sup>

Damit sollen keineswegs die Probleme hinwegdiskutiert werden, die mit der Entfesselung der Kapitalmärkte aufgebrochen sind. Das gilt zum einen für die mit einiger (und beständig wachsender) Marktmacht ausgestattete kurzfristige Spekulation, die von der Bewegung zehrt und sich im Zweifel auch von gegenläufigen wirtschaftlichen Fundamentaldaten potentiell betroffener Länder nicht irritieren läßt. Zum anderen gilt es nicht minder für die längerfristig wirksamen Wechselkursschwankungen, die etwa seit 1994 zwischen dem US-Dollar und dem japanischen Yen über 60% in beide Richtungen betrogen.

Beides hat periodisch den Ruf nach einer neuerlichen internationalen Regulierung erklingen lassen, bis hin zu ebenso periodischen Forderungen nach einem neuen festen Währungssystem, dessen Restriktionen sich jedoch niemand unterwerfen will.<sup>53</sup> Schon eine relativ moderate Maßnahme wie etwa die *Tobin Tax* zur Besteuerung und damit Eindämmung der kurzfristigen Spekulation ist bisher kaum ernsthaft erwogen worden, da sie nach dem Muster des Kernwaffensperrvertrags Wirkung vermeintlich nur bei universeller Geltung verspricht.<sup>54</sup> Praktisch relevant wurde daher nur zweierlei: zum einen die bereits nach der „Peso-Krise“ 1995 erhobene Forderung nach Erhöhung der internationalen Transparenz, nach Ausbau der Überwachung nationaler Banken zumal in *emerging economies* sowie nach Inanspruchnahme auch der privaten Kreditoren bei allfälligen *bail-outs* - Maßnahmen, die gleichsam marktkonform das Risiko finanzieller Engagements überschaubarer und fühlbarer machen sollen.<sup>55</sup> Zum anderen blieb der partielle Ausstieg. Ihn hat, nachdem die Angreifbarkeit des Europäischen Währungssystems mit seinem semi-fixen Wechselkursmechanismus offenbar wurde, durch Schaffung einer gemeinsamen Währung die Mehrheit der EU-Europäer vollzogen.

---

52 Das Muster solcher Spekulationen ist denkbar einfach, wobei häufig die mit höherer Risikobereitschaft, geringerer Transparenzpflicht und gegenwärtig etwa 100 Milliarden US-Dollar Aktiva ausgestatteten *Hedge Funds* als erste den Markt testen. Sie verschulden sich kurzfristig in lokaler Währung, tauschen diese gegen Devisen - und warten ab. Es beginnt ein Wettlauf um die Zeit. In Hongkong verloren diesen die Fonds, da sich die betroffene Notenbank, mit der Volksrepublik China im Rücken, auf beachtliche Währungsreserven stützen konnte und mit Zinserhöhungen - die Tagesgeldsätze stiegen auf bis zu 250% - das Spekulationsrisiko in unkalkulierbare Höhen schraubte. In Thailand dagegen hatten sie Erfolg, denn es gelang ihnen, das Vertrauen in den Baht soweit zu erschüttern, daß sich spätestens dann auch die weit potenteren institutionellen Investoren zum Rückzug aus dem Währungsraum veranlaßt sahen, vgl. u. a. „A hitchhiker's guide to hedge funds“, in: *The Economist*, 13. Juni 1998, S. 96.

53 Vgl. dazu etwa Wilhelm Hankel, *Das große Geld-Theater. Über DM, Dollar, Rubel und Ecu*, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt), 1995; oder auch C. Fred Bergsten, *The World Economy after the Cold War*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 69, Nr. 3, 1990, S. 109f. Das Schicksal des „Louvre-Abkommens“ der G-7 von 1987, in dem Referenzonen für die wichtigsten Währungen angesteuert wurden, mag hier als Beleg für die praktischen Probleme dienen.

54 Ein weiterer grundsätzlicher Einwand macht geltend, daß es nicht möglich sei, zwischen unerwünschten, sprich: kurzfristigen, und erwünschten Kapitalflüssen zu unterscheiden, vgl. „Floating the Tobin tax“, in: *The Economist*, 13. Juli 1996, S. 86. Mit ähnlichen und prinzipiellen anti-bürokratischen Argumenten wurde auch der jüngste Vorschlag von George Soros nach einer internationalen Kreditversicherung verworfen, vgl. zu seinem Vorschlag sein Interview in: *Die Zeit*, 15. Januar 1998, S. 17.

55 Vgl. hierzu „Towards a new financial system“, in: *The Economist*, 11. April 1998, S. 64-66.



Einer global regulierenden Lösung steht nicht das Diktat der global integrierten Finanzmärkte entgegen, sondern die fehlende Bereitschaft der nationalen Regierungen. Dies offenbart das nach Bretton Woods virulente Problem, daß Kooperation nicht länger hegemonial erzwungen werden kann, sondern unter prinzipiell Gleichen freiwillig einzugehen ist. Asynchrone Konjunkturverläufe und divergierende nationale Präferenzen - von denen die Irrfahrten der *Reaganomics* und das Management der deutschen Einheit nur zwei besonders prominente Beispiele sind - haben jedoch internationale Koordination in der Praxis auf die Bewältigung akuter Kollateralschäden, wie etwa 1985 beim „Plaza-Abkommen“ der G-5, reduziert.

Ein anderes Beispiel sind die Stützungsaktionen, die gegenwärtig Thailand, Süd-Korea und Indonesien zuteil werden - formal unter der Ägide des IWF, tatsächlich aber unter der politischen Führung der USA und mit maßgeblichen finanziellen Engagements anderer Mitglieder der G-7. Vorderhand zur Eindämmung etwaiger negativer Folgen für die Weltkonjunktur gedacht, verfolgten diese indes auch zwei weitere, weniger prominent artikulierte Ziele. So bereitete die „Asien-Krise“ dem aufscheinenden „pazifischen Jahrhundert“ ein vorzeitiges Ende und damit auch jenen „asiatischen Werten“, die in japanischer, koreanischer, malaysischer und potentiell auch chinesischer Variante als Pandämonium die liberale Weltwirtschaftsordnung angelsächsischer Prägung herauszufordern angetreten waren.<sup>56</sup> Mit der internationalen Hilfsaktion und den daran geknüpften IWF-Konditionen wurden die asiatischen Tiger in diese Ordnung zurückgegliedert. Dabei fand auch Berücksichtigung, daß nicht zuletzt den sehr profanen Marktinteressen der westlichen Geber gebührend Geltung verschafft wurde, sei es in Gestalt der Öffnung nationaler Märkte für japanische PKW-Exporte oder sei es in Gestalt der Beseitigung nationaler Barrieren für ausländische Investoren.<sup>57</sup> Diesen stehen heute, nachdem die asiatischen Währungen und Aktienmärkte in Trümmern liegen, kaum mehr ökonomische, sondern allein noch jene politischen Hindernisse im Wege, die sich im Ergebnis der einseitigen Anpassungslasten als Massenprotest und Destabilisierung zwangsläufig aufgetan haben.

So gesehen reflektiert das Management der „Asien-Krise“ die internationalen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse ebenso wie zuvor die generöse Kreditvergabe und die spekulativen Währungsattacken die Extravaganzen der kaum gebändigten internationalen Finanzmärkte. Die „Asien-Krise“ könnte damit den Höhe-, aber auch den Wendepunkt jener ideologischen Hegemonie darstellen, die unter der Parole der „Globalisierung“ der anti-gouvernementalen Entfesselung des Marktes programmatisch wie analytisch gleichsam den Rang einer Heilslehre einräumte. Das gilt keineswegs nur, weil sich im Angesicht immer neuer Krisen die Liquidität des IWF zu erschöpfen droht und dieser damit zur Eindämmung der Kollateralschäden ungebändigter internationaler Spekulation künftig ausfällt. Vielmehr handelt es sich bei der Globalisierung auch um eine politisch-ideologische Konjunktur, die ihren Ausgang in den USA nahm und ihre Ausstrahlung vor allem einem - durchaus vergänglichen - Phänomen verdankt: der auch im siebten Jahr noch nicht erlahmten amerikanischen Wirtschaftskonjunktur.<sup>58</sup> Vor

56 Vgl. kritisch zu dieser Wahrnehmung Donald K. Emmerson, *Americanizing Asia?*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 77, Nr. 3, 1998, S. 47-49.

57 Vgl. hierzu kritisch Martin Feldstein, *Refocusing the IMF*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 77, Nr. 2, 1998, S. 27-32; Jeffrey Sachs, *Power unto itself*, in: *Financial Times*, 11. Dezember 1997, S. 11. Im Widerspruch dazu „Defending the Fund. The FT Interview, Michel Camdessus“, in: *Financial Times*, 9. Februar 1998, S. 13; IMF, *World Economic Outlook, Interim Assessment*, Washington D. C., December 1997.

58 Vgl. zur Diskussion über die Perspektiven der US-Wirtschaft aus jüngerer Zeit u.a. Gerard Baker, *Brave new world?*, in: *Financial Times*, 9. September 1997, S. 17; ders., *Can the miracle survive*, in: *Financial Times*, 9. März 1998, S. 14; „America's bubble economy“, in: *The Economist*, 18. April 1998, S. 12f, 81-83; „Too triumphalist by half“, in: *The Economist*, 25. April 1998, S. 51f.



wenigen Jahren noch sah keineswegs nur durch das amerikanische Prisma die Welt ganz anders aus, war die Hochzeit der Geoökonomie.

## 7. Aufstieg und Niedergang oder der Wettbewerb als Nullsummenspiel

Daß die USA der globalisierten Wirtschaft heute das Bild ihrer ordnungspolitischen Zukunft demonstriere und daß sie unangefochten an der Spitze marschiere, wird in- und selbst außerhalb des Landes kaum in Frage gestellt.<sup>59</sup>

*„The unique American brand of entrepreneurial bottom-up capitalism is made up of structural elements that have wrought the stunning economic success of the 1990s and are likely to provide the basis for extending America's comparative advantage over time“*.<sup>60</sup>

Vergleicht man diese keineswegs vereinzelte Stimme mit der Selbst- und der Fremdwahrnehmung vor Beginn des 1992 eingeleiteten amerikanischen Wirtschaftswunders, so könnte der Kontrast größer kaum sein. Damals befanden sich die USA in einem nachgerade hoffnungslosen Abwehrkampf gegen die unwiderstehliche Dynamik des „kommunitaristischen Kapitalismus“ germanischer oder japanischer Prägung, zerfiel die Weltwirtschaft in eine Triade konkurrierender Wirtschaftsblöcke, in der die USA neben Europa und Ostasien allenfalls noch einen der drei regionalen Winkel zu besetzen vermochten.<sup>61</sup>

Das Ende des Ost-West-Konflikts traf mit den USA auf eine Nation, die jenseits der Sowjetunion zwar politisch-militärisch als einzige Supermacht verblieb, sich ökonomisch hingegen in einem säkularen Abstieg befand. Aufgrund ihrer „Verschuldungssucht“, die innerhalb weniger Reagan-Jahre den weltweit größten Kreditgeber in der Welt größten Schuldner verwandelt hatte, und aufgrund mangelnder Investitionsbereitschaft, gleich ob im Kapitalstock, in der Infrastruktur oder in Erziehung und Wissenschaft, war aus der ehemals unangefochten führenden eine „abhängige“ Nation geworden - finanziell wie technologisch.<sup>62</sup> Nicht nur, daß die USA ein seit Mitte der achtziger Jahre nahezu regelmäßig auf über 100 Milliarden US-Dollar angestiegenes Leistungsbilanzdefizit vom Ausland finanzieren lassen mußten - mit der Folge eines monatlichen Schuldendienstes in der Größenordnung von bis zu 10 Milliarden US-Dollar -, sie

---

59 Vgl. zu einer solchen Stimme von außen Michel Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus, in: Messner (Hg.), a.a.O. (Anm. 12), S. 109-115.

60 Mortimer B. Zuckerman, A Second American Century, in: Foreign Affairs, Jg. 77, Nr. 3, 1998, S. 18f.

61 Lester Thurow, Head to head. The coming economic battle among Japan, Europe, and America, New York (William Morrow), 1992, S. 32.

62 Felix Rohatyn, America's Economic Dependence, in: Foreign Affairs, Jg. 68, Nr. 1, 1989, S. 59; vgl. in diesem Chor auch Shafiqul Islam, Capitalism in Conflict, in: Foreign Affairs, Jg. 69, Nr. 1, 1990, S. 172-182; Bergsten, a.a.O. (Anm. 53), S. 96-112; Alan Murray, Perception of Decline Troubles America, in: Foreign Affairs, Jg. 72, Nr. 1, 1992/93, S. 158-166.



hatten auch ihre technologische Führung eingeübt - mit nicht minder gravierenden Konsequenzen etwa für die Autonomie der amerikanischen Verteidigung.<sup>63</sup>

Die allenthalben beklagten strukturellen Schwächen der USA, namentlich die geringe Spar- und die übertriebene Konsumneigung, die Vernachlässigung des Humankapitals sowie die kurzfristige und kurzsichtige Renditeorientierung der Unternehmen, machten spiegelbildlich die nicht minder idealisierten strukturellen Stärken ihrer herausragenden Rivalen und insbesondere Japans aus.<sup>64</sup> Japan, so hatte es Ende der achtziger Jahre den Anschein, gehörte als größtem Kreditgeber, ausgestattet mit offenbar gegen jegliche Währungsverschiebung resistenten Handelsüberschüssen, mit den damals zehn größten Banken der Welt und mit einer um 20% höheren Börsenkapitalisierung als die USA, sowie als dominierender Macht in allen Spitzentechnologien die Zukunft. „Japan has achieved a dynamic virtuous cycle of political economic power over the United States“ - so ein resignierter Befund.<sup>65</sup> In gemessenem Abstand folgten Deutschland und die gerade der „Eurosklerosis“ entronnene Europäische Gemeinschaft/Union, die trotz eines ähnlich hohen (deutschen) Leistungsbilanzüberschusses allerdings weniger alarmistisch porträtiert wurden.<sup>66</sup>

Keineswegs nur außen- und handelspolitische Falken sahen damit eine neue internationale Hierarchie aufscheinen und das weltpolitische Gewicht der USA akut gefährdet:

*„Wholly or partly as a result of its reduced economic standing, the United States is perilously close to being unable to play a serious role - let alone a leading one - in a growing number of global issues“.*<sup>67</sup>

Eine übereinstimmende Diagnose muß indes nicht zur gleichen Therapie führen. Hier trennten sich liberale Multilateralisten, die wie Fred Bergsten - und letztlich auch Ishihara - für eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf der Basis von „shared leadership and mutual responsibility“ plädierten,<sup>68</sup> von jenen, die geoökonomischen Denkmustern verpflichtet waren. Namentlich Japan verfolge eine „Strategie des Wirtschaftskrieges“ - so die unablässig und

63 So unter Verweis auf das Pentagon z. B. Theodore H. Moran, International Economics and National Security, in: Foreign Affairs, Jg. 69, Nr. 5, 1990, S. 80; ders., The Globalization of America's Defense Industries. Managing the Threat of Foreign Dependence, in: International Security, Jg. 15, Nr. 1, 1990, S. 57-99. Ähnlich beunruhigt auch Huntington, a.a.O. (Anm. 14), S. 76f. vgl. ferner Steven Vogel, The Power behind „Spin-Ons“: The Military Implications of Japan's Commercial Technology, in: Wayne Sandholtz u.a. (Hg.), The Highest Stakes. The Economic Foundations of the Next Security System, New York, Oxford (Oxford University Press), 1992, S. 55-80. Für Ishihara war die in seinen Augen uneinholbare Führung der japanischen Halbleiterindustrie, ohne die das amerikanische Nuklearpotential nicht länger zielgenau gesteuert werden könne, immerhin ein „Trumpf“, den Japan in seinen Beziehungen mit den USA ausspielen sollte, vgl. ders., a.a.O. (Anm. 18), S. 38-41.

64 Paradigmatisch Clyde V. Prestowitz, Jr., Trading Places. How We Allowed Japan to Take the Lead, New York (Basic Books), 1988.

65 William R. Nester, American Power, the New World Order and the Japanese Challenge, Houndmills (MacMillan), 1993, S. 398.

66 Damit korrespondierte, daß auch die deutsche und die europäische Selbstwahrnehmung im Schatten der japanischen Handels- und Kapitaloffensive zumindest skeptisch ausfiel. Ein klassischer Alarmruf jener Zeit war Konrad Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung, Stuttgart, München (Verlag Bonn aktuell), 1990.

67 C. Fred Bergsten, The Primacy of Economics, in: Foreign Policy, Nr. 87, Sommer 1992, S. 13.

68 Bergsten, a.a.O. (Anm. 53), S. 109; vgl. auch Islam, a.a.O. (Anm. 62), S. 182; Henry Bienen (Hg.), Power, Economics, and Security. The United States and Japan in Focus, Boulder (Westview Press), 1992.



reichlich verzerrt wiedergegebene Botschaft Ishiharas.<sup>69</sup> Ihm müsse daher mit den gleichen Mitteln entgegen getreten werden, denn mit Japan sei weder ein „freier“ noch ein „fairer“ Handel möglich. Das erfordere zum einen eine strategische Neuorientierung im Sinne einer (merkantilistischen) „aggressiven Handelspolitik“ unter Abkehr von jener neoklassischen Orthodoxie, die darauf hinauslaufe, daß die Offenheit der amerikanischen Wirtschaft ausgebeutet werde und diese immer weiter zurückfalle; und es verlange zum anderen, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik konzertiert, will heißen: unter Umkehrung der im Kalten Krieg geltenden Prioritäten, zu betreiben.<sup>70</sup>

Daß dies weit mehr als intellektuelle Wichtigtuerei war, zeigte die vor allem geoökonomisch inspirierte Praxis der amerikanischen Handelspolitik, von weitergehenden Forderungen nach einem komplementären sicherheitspolitischen Isolationismus ganz zu schweigen. Schon während der Amtszeit von Ronald Reagan, jeglicher staatlicher Bevormundung des Marktes demonstrativ abhold, gewannen protektionistische Reflexe drastisch an Gewicht. Selbstbeschränkungsabkommen, Textil- und Stahlquoten, Anti-Dumping-Verfahren und Strafzölle führten dazu, daß Ende der achtziger Jahre mit 24% bereits doppelt so viele Importe der USA Restriktionen unterworfen waren wie zu Beginn seiner Amtszeit. Unter der Bush-Administration wurde dieses Muster, wie bereits 1986 beim Halbleiter-Abkommen mit Japan praktiziert, mit rhetorischem Nachdruck aber nur begrenztem Erfolg auf die amerikanischen Exporte ausgedehnt - in Ausführung des *Omnibus Trade and Competitive Act* von 1988 und mit Hilfe der sogenannten *Structural Impediments Initiatives Talks*, einer Variante des seinerzeit populären *Japan bashing*. Und auch die Clinton-Administration hielt es besonders in ihrer ersten Amtszeit für geboten, die binnenwirtschaftliche Rekonstruktionsagenda um außenwirtschaftlichen Uni- und Bilateralismus im Sinne eines *managed trade* zu ergänzen.<sup>71</sup> Im Unterschied dazu erwies sich die ebenfalls beschworene „Festung Europa“ weithin als amerikanische Projektion.

Es gehört zu den klassischen Begleiterscheinungen wirtschaftlicher Rezessionen, daß internationaler Wettbewerb als Nullsummenspiel und die ihm verdankten absoluten Vorteile lediglich als Illusion der ökonomischen Zukunft erscheinen. Wenn nicht Zuwächse verteilt, sondern Besitzstände in Frage gestellt werden, rücken zwangsläufig die relativen Vorteile und damit das Leistungsvermögen der individuellen Nationalökonomien in den Mittelpunkt. Das mußte um so mehr für die USA gelten, als dort eigene quantifizierbare Defizite so sichtbar mit externen Herausforderungen, ja mit der Gefahr externer Fremdbestimmung namentlich durch „Dr. Frankenstein's Kreatur“ Japan, korrespondierten.<sup>72</sup>

Allerdings blieb dies ebenso Episode wie die konfrontativen Politikempfehlungen der Krisen-Epigonen, die in jener Zeit zwar die Washingtoner politische Agenda bestimmen, bei deren Umsetzung jedoch dank innerer und äußerer Korrektive nur begrenzt Erfolge aufweisen

---

69 Das Zitat lautet: „*Economic warfare is the basis for existence in the free world...The twenty-first century will be a century of economic warfare...There is no hope for the United States*“, zit. nach Huntington, a.a.O. (Anm. 14), S. 75. Dieses Zitat findet sich allerdings nicht in der amerikanischen Raubübersetzung des Buches und wird der japanischen Fassung zugeschrieben.

70 Stellvertretend Jeffrey E. Garten, Japan and Germany: American Concerns, in: Foreign Affairs, Jg. 68, Nr. 5, 1989, S. 98f; Clyde V. Prestowitz, Jr. u.a. (Hg.), *Powernomics. Economics and Strategy After the Cold War*, Washington, D. C. (Economic Strategy Institute), 1991.

71 Vgl. Jeffrey E. Garten, Clinton's Emerging Trade Policy, in: Foreign Affairs, Jg. 72, Nr. 3, 1993, S. 182-189. Es kann daher nicht verwundern, daß so mancher dieser *trade manager* wie Garten, Robert Reich, Ira Magaziner, Laura D'Andrea Tyson führende Positionen in der ersten Clinton-Administration bekleideten.

72 Nester, a.a.O. (Anm. 65), S. 398.



konnten.<sup>73</sup> Rückblickend befindet sich die amerikanische Wirtschaft bereits seit Herbst 1982 in einer „nachhaltigen Expansionsphase“, verdient die „flache und kurze Rezession“ 1990/91 kaum mehr diesen Namen.<sup>74</sup> Auf frappierende Weise machte der amerikanische Unsicherheitskomplex einem neuerlichen Triumphalismus Platz. Noch Anfang der neunziger Jahre galten das japanische und auch das deutsche Wirtschaftsmodell als uneinholbar überlegen, gerade weil sie auf gesellschaftlichem Konsens und der ordnenden Hand des Staates beruhten. Mit den amerikanischen Waffen waren diese nicht zu schlagen, allenfalls einzuhegen durch multilaterale Koordination im positiven oder durch die (populärere) Forderung nach Reziprozität und die Androhung von Vergeltung im negativen Sinne. Davon ist heute im Zeichen der „Globalisierung“, beiderseits des Atlantik wie des Pazifik verstanden als globale Verlängerung des amerikanischen Modells einer „neuen Ökonomie“, keine Rede mehr. Über den Markt ist die alte Hierarchie wiederhergestellt, das angelsächsische Leitbild auch ohne geökonomische Kraftanstrengungen rehabilitiert - bis auf weiteres.

## 8. Was ändert der Euro?

Auch wenn die „Triade“ eher ein intelligibles Phänomen zur geökonomischen Beschwörung kommender Wirtschaftskriege darstellt, so verfügt sie doch insofern über ein materielles Substrat, als sich in ihrem Einzugsbereich, der nördlichen Hemisphäre, unverändert 60% der globalen Wirtschaftsleistung konzentrieren und diese sich heute gleichmäßiger als in der Vergangenheit auf die drei Pole USA, Japan und Europäische Union verteilen. So entfielen 1996 auf die USA 20,7%, auf die Europäische Union 20,4% und auf Japan 8% des globalen Sozialprodukts.<sup>75</sup> Ähnlich verhielt es sich 1996 mit 15,8% (USA), 20,2% (EU) und 10,4% (Japan) bei den Anteilen am Weltexport.<sup>76</sup> Ein vergleichbares Muster zeigen die Direktinvestitionen.<sup>77</sup> Schließlich bleibt festzuhalten, daß auch die einst beträchtlichen Unterschiede in der Produktivität zwischen den USA, Europa und Japan in den neunziger Jahren eher geringer geworden sind und daß diese sich heute grosso modo auf „der gleichen technologischen Ebene“ bewegen.<sup>78</sup>

73 Huntington wandte sich auf seiner beständigen Suche nach Feinden, an denen sich das amerikanische Selbstbewußtsein kämpferisch aufrichten läßt, mit der Kultur einer anderen *structural impediments initiative* zu, vgl. ders., *Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München (Europaverlag), 1996. Und Garten verlegte noch in seiner Zeit als *Under Secretary* in Clinton's Handelsministerium den Akzent auf *big emerging economies* wie Brasilien, Südafrika, Polen oder Indonesien, in denen die USA offensiv strategische Positionen besetzen mußten, vgl. ders., *The big emerging markets and how they will change our lives*, New York (BasicBooks), 1997; vgl. zustimmend auch John Stremlau, *Clinton's Dollar Diplomacy*, in: *Foreign Policy*, Nr. 97, Winter 1994/95, S. 18-35.

74 Steven Weber, *The End of the Business Cycle?*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 76, Nr. 4, 1997, S. 69.

75 IMF, *World Economic Outlook*, Washington D. C., October 1997, S. 71.

76 World Trade Organization, *Geneva, Annual Report 1997, Volume II*, S. 4.

77 Vgl. hierzu Mathias Albert, Lothar Brock u.a., *Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft seit den 1960er Jahren und ihre Konsequenzen für die internationale Ordnung*, Forschungsbericht, Band 1, Frankfurt/M. (Eigenverlag), 1995, S. 87-95.

78 Paul Krugman, *America the Boastful*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 77, Nr. 3, 1998, S. 42f.



Mit der globalen korrespondiert eine regionale Konzentration. Sowohl bei den Direktinvestitionen als auch beim Außenhandel tritt die Verflechtung zwischen den USA, Japan und der Europäischen Union deutlich hinter die Intensität des Austausches mit der geographischen Nachbarschaft zurück. Das gilt insbesondere für die Europäische Union, deren interner Handel singular hoch ist und wo auch bei den Direktinvestitionen mit wenigen Ausnahmen eine Europäisierung Europas festzustellen ist (Tabellen 9 und 10).

Tabelle 9

*Direktinvestitionen (Bestände, Angaben in Prozent)*

	Zuflüsse aus				Abflüsse nach			
	EU		NAFTA		EU		NAFTA	
	1985	1995	1985	1995	1985	1995	1985	1995
USA	59	56	10	9	36	44	23	13
Deutschland	36	51	38	27	38	57	34	22
Frankreich	./.	64	./.	22	./.	55	./.	21
Großbritannien	./.	35	./.	45	./.	37	./.	34
Italien	51	56	19	15	39	61	14	10
Niederlande	33	55	34	21	33	48	40	25

Quelle: OECD, International Direct Investment Statistics Yearbook 1997, Paris, 1997.

Tabelle 10

*Intra- und Interregionaler Handel, 1996 (Angaben in Prozent)*

	Nordamerika	Westeuropa	Asien
Nordamerika	36,0	18,6	26,4
Westeuropa	7,6	68,3	9,6
Asien	23,1	16,2	51,9

Quelle: World Trade Organization, Annual Report 1997, Genf, 1997, S. 23. Nordamerika umfaßt die USA und Kanada, Westeuropa neben der EU auch die Türkei, die Schweiz, Norwegen sowie die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, und unter Asien fallen alle Staaten östlich des Iran.

In einem Bereich allerdings verfügen die USA nach wie vor über eine relativ unangefochtene Position: Der US-Dollar ist auf den globalen Geld- und Kapitalmärkten auch heute noch die dominierende Währung. Mit 48% wird nahezu die Hälfte des Welt- und selbst ein Drittel des



intra-europäischen Handels in US-Dollar fakturiert, während die Währungen der 15 EU-Staaten auf zusammen 31% und der Yen auf lediglich 5% kommen. Noch größer ist der Unterschied bei den globalen Währungsreserven, von denen Ende 1995 56,4% auf den US-Dollar, 25,8% auf die EU-Währungen und 7,1% auf den Yen entfielen.<sup>79</sup> Mithin ist das Gewicht des US-Dollar auf den internationalen Märkten mehr als doppelt so groß wie der Beitrag der amerikanischen Volkswirtschaft zum Weltsozialprodukt und Welthandel. Damit korrespondiert, daß heute etwa 45% der globalen Börsenkapitalisierung auf die USA entfallen, auf die EU hingegen nur 25% und unter Ausschluß Großbritanniens sogar nur etwa 15% - allerdings eine Größe mit hoher spekulativer Varianz. Die Märkte für internationale Anleihen sind im Unterschied dazu mit etwa 40% für die USA und 30% für die EU ausgeglichener.

Dieses Muster der globalen Kräfteverteilung, auf das vor allem sich der ungebrochene amerikanische Führungsanspruch gründet, hat sich in den vergangenen 25 Jahren seit dem Zusammenbruch der Währungsordnung von Bretton Woods nicht grundlegend verändert. Auch die dramatisch aufscheinende japanische Herausforderung erwies sich als transitorisches Phänomen der achtziger Jahre, das mit der Spekulationsblase platzte und heute lediglich noch als Risiko für die Weltkonjunktur Beunruhigung auslöst.<sup>80</sup> Jenseits des damaligen Alarmismus waren die Chancen Japans, die USA zu überflügeln, auf Grund der quantitativen Relationen ohnedies ähnlich gering wie seine Aussichten, durch Arrondierung seines ostasiatischen Einflusses das eigene Gewicht zu erhöhen. Anders verhält es sich dagegen beim vereinigten Europa. Und von hier kommt in der Tat die potentiell gavierendste Herausforderung für die künftige Suprematie der USA - durch, *all other things being equal*, die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, zum 1. Januar 1999.

Wie immer die Chancen des Euro bewertet werden, in einem Punkt sind sich die meisten Beobachter einig: Er stellt eine „Wasserscheide“ dar, für Europa wie für das internationale Währungssystem, wirtschaftlich wie auch politisch.<sup>81</sup> Ob der gemeinsame europäische Währungsraum eine ausreichende monetäre, fiskalische und realwirtschaftliche Konvergenz und damit auch eine nachhaltige Kohärenz aufweist, ist Gegenstand hitziger Debatten. Und ob vor dem Hintergrund vergleichbarer Disparitäten im nationalen Maßstab seiner Mitgliedsländer eine zentralisierte Geldpolitik mit einer unverändert dezentral-souveränen Steuer- und Haushaltspolitik kombiniert werden kann, muß mangels einschlägiger Vorbilder für einen solchen heterodoxen Ansatz nolens volens offen bleiben.

Unstrittig ist lediglich, daß von der Währungsunion ein erheblicher steuerpolitischer Harmonisierungsdruck und über den „Stabilitätspakt“ hinaus ein nicht minder gewichtiger wirtschaftspolitischer Koordinierungsbedarf ausgeht. Insofern werden die bestehenden Grenzen nachhaltig transzendiert, ist der Euro ein hochgradig politisches Projekt. Sein Erfolg entscheidet nicht nur über das künftige zunehmend föderale Gesicht der Union, sondern auch darüber, ob diese in die Lage versetzt wird, wenn schon nicht in der Außen- und Sicherheitspolitik, so doch in der Weltwirtschaft als eigenständiger Akteur mit ordnungspolitischem Gewicht aufzutreten. Daß mit einer solchen Entscheidung auch das Risiko des Scheiterns einhergeht, macht die Essenz

79 IMF, World Economic Outlook, Washington D. C., October 1997, S. 71.

80 Vgl. dazu z. B. „Tokyo is the real problem“, Financial Times, 17. November 1997, S. 12; „The Japan Puzzle“, in: The Economist, 21. März 1998, S. 15, 25-27; „If Japan should crash“, in: The Economist, 11. April 1998, S. 9f, 15-17; „Japan's economic plight“, in: The Economist, 20. Juni 1998, S. 23-26.

81 „Emu's new horizons“, Financial Times, 16. Oktober 1997, S. 17; vgl. auch „Dollar's domination could be ended by the euro“, Financial Times, 9. September 1997, S. 3; „The Emu has landed“, Financial Times, 5. Mai 1998, S. 21; „Es geht auch ohne Horror“, Die Zeit, 2. April 1998, S. 29.



des Politischen, den systematischen Unterschied zwischen Politik und Administration, aus. Es ist daher als Argument untauglich.<sup>82</sup>

Angesichts seiner bis in die jüngste Zeit vagen Realisierungsperspektiven, kann es nicht verwundern, daß weit weniger intensiv als über die inneren die äußeren Implikationen des Euro diskutiert wurden.<sup>83</sup> Dabei läßt bloße Arithmetik erkennen, daß in Sonderheit die transatlantischen Beziehungen einer Bewährungs- und Belastungsprobe unterzogen werden, denn zum einen stellt der Euro eine Herausforderung für den US-Dollar als Weltreserve- und Transaktionswährung dar und zum anderen konstituiert er gleichsam einen Wirtschafts- und Währungsraum *in its own right*.

Gemessen am US-Dollar stellt selbst die Deutsche Mark als weltweit zweitwichtigste wenig mehr als eine „Dorfwährung“ dar, wie der Deutsche Außenminister Klaus Kinkel einst sarkastisch anmerkte. Mit dem Euro erwächst dem Dollar hingegen erstmals seit siebzig Jahren ein ernsthafter Konkurrent - und dies in einer nachgerade klassischen Nullsummen-Konstellation, denn was der Euro gewinnt, verliert der Dollar. Weithin unstrittig ist, daß es zu Verlagerungen kommen wird, offen ist lediglich der Umfang und - was nicht minder wichtig ist - der Zeitfaktor. Das betrifft zum einen die Diversifizierung der offiziellen Währungsreserven. Hier werden Umschichtungen in einer Größenordnung von 100 bis 300 Milliarden US-Dollar erwartet. Noch sehr viel größer dürfte mit einem geschätzten Volumen von 500 bis 1000 Milliarden US-Dollar die Diversifikation der privaten Anlage-Portfolios zu Gunsten des Euro ausfallen.<sup>84</sup> Auch wenn überwiegend eine nur graduelle Verlagerung erwartet wird, sicher ist dies zumal bei den privaten *investments* keineswegs. Die Asien-Krise mit ihren über Japan vermittelten Kettenreaktionen, die wachsende Verunsicherung über Spekulationsblasen in den USA und die in Erwartung des Euro bereits anschwellenden Anlageströme nach Europa schaffen vielmehr ein aktuelles Umfeld, das auch sehr kurzfristige Reaktionen möglich macht.

Portfolio-Verlagerungen in der genannten Größenordnung werden den US-Dollar unter einen erheblichen Ab- und den Euro unter Aufwertungsdruck setzen. Dies mögen Übergangsphänomene sein. Zwar werfen allein diese in den nächsten Jahren beträchtliche Steuerungsprobleme auf, wichtiger aber noch sind die langfristigen Wirkungen. Wenn es zutrifft, daß der Euro auf

---

82 Insofern kann auch Timothy Garten Ash, *Europe's Endangered Liberal Order*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 77, Nr. 2, 1998, S. 51-65, nicht überzeugen. Unausgesprochen bleibt er insularer britischer Logik verpflichtet, die ihr Selbstverständnis aus der historischen Erfahrung zieht, daß in Europa Einigungspläne mit friedlichen Mitteln nie funktioniert haben und daß die Europäer lediglich temporär zusammenfanden, entweder um einer äußeren Gefahr zu begegnen oder unter der militärischen Knute eines kontinentalen Hegemons (S. 54). Wie dann heute der von ihm verzeichnete „präzedenzlose“ und mit keinem Kontinent vergleichbare Integrationserfolg zu erklären ist, und warum vor diesem Hintergrund die Währungsunion eine „*bridge too far*“ darstellt, bleibt dunkel und ist mit einem bloßen Verweis auf den ja alles andere als ungewöhnlichen Streit in der ökonomischen Wissenschaft kaum zureichend erläutert (S. 63).

83 Vgl. dazu schon sehr früh die Beiträge von Pierre Jacquet, C. Randall Henning, Yoshio Suzuki u.a. in dem Band Manfred Weber (Hg.), *Europa auf dem Weg zur Währungsunion*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 1991, S. 299-401.

84 Vgl. hierzu u. a. C. Fred Bergsten, *The Dollar and the Euro*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 76, Nr. 4, 1997, S. 90. Dabei sind noch gar nicht die Reserven berücksichtigt, die darin bestehen, daß die Börsenkapitalisierung in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien gemessen am Bruttoinlandsprodukt mit 47%, 58% und 42% im Vergleich zu den USA mit 147% und Großbritannien mit 170% weit unterproportional ist, vgl. *Handelsblatt*, 12./13. Juni 1998, S. 35. Aufgrund vor allem stabilitätspolitischer *caveats* beim Euro skeptischer Reimut Jochimsen, *Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, Baden-Baden (Nomos), 2. Auflage, 1998, S. 266-273.



mittlere Sicht als zweite Reservewährung zum Dollar aufschließt, dann beschneidet dies zumindest ein Privileg der USA als Hüter der de-facto-Weltreservewährung: die nahezu unbeschränkte Fähigkeit zur Schuldenaufnahme in der eigenen Währung, weitgehend immun gegen deren Schwankungen. Wie essentiell dieses Privileg ist und wie schmerzhaft es sein dürfte, hier an Grenzen zu stoßen, dokumentiert der ungebrochen hohe Bedarf zur Finanzierung des US-Leistungsbilanzdefizits, das - heute auf skurrile Weise als Ausweis der ebenso ungebrochenen Stärke der US-Wirtschaft interpretiert - im Unterschied zum Haushaltsdefizit keinerlei Anzeichen einer Trendumkehr erkennen läßt - im Gegenteil.<sup>85</sup>

Was die Vereinigten Staaten hier an Handlungsfreiheit tendentiell einbüßen werden, gewinnt auf der anderen Seite die Europäische Währungsunion. Mit einem Außenhandelsanteil von etwa 10% des BIP ist sie ähnlich wie die USA und Japan und anders als zuvor ihre einzelnen Mitglieder relativ immun gegen externe Schocks. Auch ist es nicht länger möglich, einen Keil zwischen die nationalen europäischen Währungen zu treiben. So lösten Schwankungen im Wechselkurs zwischen der Deutschen Mark und dem US-Dollar regelmäßig Spannungen innerhalb des Europäischen Währungssystems aus und erzwangen Anpassungen, die ihren Ursprung letztlich außerhalb, in den USA, hatten. Eine Politik des *benign neglect* bezüglich des US-Dollar, mit der die USA in der Vergangenheit die Europäer mehrfach unter Druck zu setzen verstanden, ist künftig zwar nicht ausgeschlossen, doch ändert sich grundlegend die Kosten-Nutzen-Kalkulation.

Mit dem Euro wandelt sich die bestehende unipolare in eine nicht minder ungeordnete bipolare Weltwährungsordnung. Prinzipiell erfordern sowohl die kurzfristigen Steuerungsprobleme im Übergang als auch die längerfristigen, mit der Kräfteverschiebung verbundenen Probleme eine enge euro-atlantische Koordination. Das sollte in einer relativ symmetrischen bilateralen Konstellation leichter möglich sein als in einer zu wechselnden Koalitionen einladenden trilateralen oder einer asymmetrisch-unübersichtlichen multilateralen. Es verlangt allerdings auf amerikanischer Seite, Abschied zu nehmen von der unipolaren Illusion, und auf europäischer Seite erfordert es globale Handlungsfähigkeit. Für beides stehen die Chancen nicht eben gut.

Auch wenn in den USA im Unterschied zum eigenen Land an Europa gegenwärtig nur die „sklerotischen“ Erscheinungen einer hohen Arbeitslosigkeit und einer niedrigen Kapitalrendite auffallen, so ist jenseits der amorphen offiziellen Beifallsbekundungen doch erkennbar, daß der Euro vor allem auf irritierende Weise näherrückt. Die Einladung des republikanischen Sprechers des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, an Großbritannien, sich aus Anlaß seiner Euro-Absenz von der EU zu verabschieden und der NAFTA anzuschließen<sup>86</sup> oder Martin Feldsteins Warnung, daß der Euro zu „Konfrontationen mit den USA“ führen werde und diese daher auf exklusiven Beziehungen zu den individuellen EU-Regierungen ohne Brüsseler Intervention beharren sollen, mögen zwar irrlichternde Ausfälle sein.<sup>87</sup> Sie bringen aber auf ihre

85 Vgl. „Trillion-dollar imports barely noticed“, Financial Times, 20. Februar 1998, S. 7. Auch wenn das externe Defizit nicht mehr wie in der Vergangenheit mit dem Haushaltsdefizit korrespondiert, sondern heute der Differenz zwischen der nationalen Spar- und Investitionsrate entspricht, so bleibt dies doch ein riskanter und - zumal unter den sich anbahnenden veränderten währungspolitischen Prämissen - kaum dauerhaft zu beschreitender Weg zur Finanzierung privater Investitionen. In Südost-Asien jedenfalls führte genau dies in die Krise.

86 Financial Times, 5. Mai 1998, S. 21.

87 Martin Feldstein, EMU and International Conflict, in: Foreign Affairs, Jg. 76, Nr. 6, 1997, S. 60, 72. Feldsteins Analyse hat allerdings einen entscheidenden Mangel: Er kann sich nicht recht entscheiden, ob der Euro nun zu verschärften Konflikten innerhalb der EU, gar zum Krieg zwischen Deutschland und Frank-



Weise die Neigung in den USA zum Ausdruck, auf eine Herausforderung, wie sie potentiell vom Euro ausgeht, eher mit an die Geoökonomie gemahnenden Abwehr- als mit Kooperationsreflexen in der Logik der Globalisierung zu reagieren.

Aber auch auf europäischer Seite sind die Voraussetzungen für eine transatlantische Währungscoordination alles andere als gut. Dem System der Europäischen Zentralbanken ist aufgegeben, seine Geldpolitik ausschließlich am Ziel der binnenwirtschaftlichen Preisniveaustabilität auszurichten. Erst danach ist es gehalten, die allgemeine Politik der Europäischen Union zu unterstützen. Die Wechselkurspolitik hingegen obliegt dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister. Das gilt jedoch nur insoweit, als allein dieser und nur einstimmig mit anderen Regierungen über formelle - wie wohl auch informelle - Währungsabkommen befinden kann, nach Konsultationen mit der Zentralbank, der Kommission und dem Parlament.<sup>88</sup> Die Instrumente einer marktkonformen Wechselkurspolitik, Devisenmarktinterventionen und Zinsfestsetzungen, ressortieren wiederum bei der Zentralbank, wozu der Rat „unter außergewöhnlichen Umständen allgemeine Orientierungen“ geben kann.<sup>89</sup>

Damit entsteht eine für die Europäische Union nicht untypische opake Entscheidungsstruktur, die eine aktive Wechselkurspolitik allein schon deshalb verhindert, weil auf diesem wohl sensibelsten Feld der internationalen Diplomatie kostspielige Operationen in offenen Finanzmärkten ein Höchstmaß an Diskretion, Flexibilität und richtiges Timing verlangen. Es ist daher leicht eine Situation vorstellbar, in der den USA auf europäischer Seite schlicht der Adressat fehlt, um die zu erwartende Volatilität zwischen Dollar und Euro wie etwa im Juni 1998 bei der Intervention zugunsten des Yen gemeinsam regulierend einzuhegen.

Durch die Einführung des Euro werden die USA erstmals seit Jahrzehnten gezwungen sein, sich mit den Europäern auch währungspolitisch auf gleicher Ebene, auf einem *level playing field*, zu bewegen. Dabei dürfte allein der Umstand, daß die USA nicht länger über eine unilaterale Strukturierungsmacht verfügen und mehr noch, daß sie gegenüber der Europäischen Union erstmals als Demandeur aufzutreten genötigt sind, erhebliche Anpassungsprobleme aufwerfen, die einer gleichberechtigten Kooperation im Wege stehen. So ist unter den aktuellen Prämissen gleichsam als *worst case* folgendes Szenario denk-, wenn auch nicht wünschbar: Danach würden mit einem durch den Euro extern induziert sinkenden Dollar die Preisstabilität in den USA untergraben und Zinserhöhungen provoziert - verstärkt durch die Notwendigkeit, Dollar-Anlagen zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits attraktiv zu halten. Das wiederum würde dem spekulativ aufgeheizten Aktienmarkt Luft entziehen und könnte schnell die überschäumend optimistische Stimmung von heute in eine ebenso depressive verkehren. Unter der Voraussetzung, daß daraus keine wirtschaftliche Depression resultiert, wäre die Europäische Union zwar unangenehm, nicht aber fundamental betroffen. Dank beträchtlicher Leistungsbilanzüberschüsse und ausgestattet mit ohnedies zu hohen Dollar-denominierten Währungsreserven wäre sie noch weniger als in der Vergangenheit zum Handeln veranlaßt. Mehr noch könnte sie versucht sein, ihre solcherart und wie beschrieben institutionell bedingte Passivität mit den Weihen einer besonderen Euro-Stabilitätskultur zu versehen.

---

reich führen werde oder aber umgekehrt zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Militärorganisation, ob der Euro mithin eine positive Integrations- oder eine negative Konfliktdynamik auslösen wird.

88 Vgl. hierzu C. Randall Henning, Europe's Monetary Union and the United States, in: Foreign Policy, Nr. 102, Frühjahr 1996, S. 95f.

89 Vgl. hierzu das Interview mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, in: Der Spiegel, 15. Juni 1998, S. 52f.



Die USA haben in den achtziger und frühen neunziger Jahren gegenüber Japan dokumentiert, wie sie auf die vermeintliche Intransigenz ihrer Wirtschaftspartner reagieren. Es liegt auf der Hand, daß in einer solchen Konstellation jenseits des aktuellen Triumphalismus geoökonomische Reflexe erneut die Überhand gewinnen würden. Da weder Japan noch die ostasiatischen Tiger absehbar Entlastung versprechen und auch ein sinkender Dollar keineswegs automatisch die Leistungsbilanz kuriert, wären *Euro bashing* und eine Revitalisierung der latenten protektionistischen Stimmungen die nahezu zwangsläufige Folge. Die Globalisierung und die mit ihr seither fortgeschrittene Kapitalmarktintegration wird hier kaum als äußeres Korrektiv wirken. Sie bindet zwar Wirkung an eine mobilisierbare kritische Masse und damit zumindest an eine transatlantisch koordinierte Intervention, macht unterschiedliche nationale Kalküle jedoch keineswegs obsolet. Dies gilt um so mehr, als nach Einführung des Euro der europäische Währungsraum im Unterschied zu kleineren Nationalökonomien zumal der *emerging markets* sehr viel gelassener mit externen Fluktuationen umgehen kann, folglich auch dort der Spielraum für geoökonomische Neigungen wächst.<sup>90</sup>

## 9. Das Management der Konsequenzen

Der Euro globalisiert Europa. Das ist nicht defensiv gemeint, wonach nationale Souveränität im Zuge der Globalisierung lediglich noch eine „Verhandlungsressource“ gegenüber anderen Staaten darstellt und sich in supranationalen Arrangements verliert.<sup>91</sup> Vielmehr ist es offensiv zu verstehen, mit einer geoökonomischen Konnotation. Die gemeinsame Währung schirmt die Mitglieder der Euro-Zone gegen destabilisierende Einwirkungen von außen ab. Sie gewinnen Handlungsfreiheit. Zugleich nimmt ihr kollektives währungspolitisches Gewicht zu. Sie gewinnen Verhandlungsmacht. Beides tangiert vor allem die USA und damit das transatlantische Verhältnis.

Die nationalen Regierungen dies- und jenseits des Atlantik sind und bleiben die letzte Instanz, die, partiell und bis heute unzulänglich durch die von ihnen geschaffenen internationalen Institutionen mediatisiert, die Rahmenbedingungen für das Handeln der Wirtschaftssubjekte setzen. Auch wenn im Zuge der Marktintegration die Welt als Referenz für ökonomische Entscheidungen auch der Regierungen zunehmend an Bedeutung gewinnt, so hat die Globalisierung daran nur graduell, nicht aber prinzipiell etwas geändert. Eine globalisierende Harmonisierung nationaler Wirtschaftspolitiken steht einstweilen aus. Mithin bringt die kollektive Verpflichtung auf ein liberales Welthandels- und Finanzsystem aktuell gleichlaufende nationale Präferenzen zum Ausdruck. Intentionen aber wandeln sich bekanntlich schneller als Fähigkeiten. Sie sind daher keine Garantie gegen einen neuerlichen Protektionismus, sei es im Zuge der Revitalisierung latenter geoökonomischer Reflexe, sei es im Zuge politischer Erschütterungen durch internationales Systemversagen oder nationale Krisen.

Auf der anderen Seite ist die Geoökonomie zwar im Realismus, nicht aber in der Realität ein den Staaten gleichsam naturgegebenes Verhaltensmuster, um sich in einem militärisch neutralisierten Umfeld gegen die allerorten lauernden - oder imaginierten - Gefahren zu behaupten. Die

<sup>90</sup> Vgl. Ricardo Hausmann, Will Volatility Kill Market Democracy?, in: Foreign Policy, Nr. 108, Herbst 1997, S. 54-60.

<sup>91</sup> Vgl. zu dieser These Beisheim/Walter, a.a.O. (Anm. 29), S. 166.



Wirtschaft jenseits politischer Konfrontation in den Dienst nicht nur der Wohlstandsmehrung, sondern auch der Machtakkumulation- und projektion zu nehmen, dazu gehört mehr. Allein schon wegen der damit verbundenen Kosten gewinnen relative Vorteilskalküle erst dann ausreichend Schubkraft, wenn eigener wirtschaftlicher Abstieg sich so überzeugend mit wirtschaftlichem Aufstieg andernorts verbindet, daß auch eine imaginierte Gefahr zur realen politischen Kraft werden kann. Die USA boten hier in den neunziger Jahren reichlich Anschauungsmaterial.

Die japanische Herausforderung war konjunkturell und wurde strukturell zu einem Angriff der „nichtkapitalistischen Marktwirtschaft“ auf die amerikanische Zivilisation überhöht.<sup>92</sup> Gleichwohl mobilisierte dies in der amerikanischen Öffentlichkeit ganz im Sinne der geoökonomischen Präsiktion alarmistische Reaktionen, die ihre Spuren auch in der Administration hinterließen. Das ging zwischenzeitlich so weit, daß die Diskrepanz zwischen sicherheitspolitischer Kooperation und ökonomischem Konflikt allein noch aufgrund der alternativlosen Abhängigkeit Japans in seinem fragmentierten Umfeld moderiert werden konnte.

Die europäische Herausforderung, wie sie mit Einführung des Euro aufscheint, ist im Unterschied dazu strukturell, mit gegenwärtig noch eingebauter konjunktureller Bremse. Solange die unmittelbare Erfahrung fehlt, wird sich daran nichts ändern, wird der Euro aus der Ferne ein vor allem für die Europäer riskantes Einigungsexperiment bleiben. Eine Kombination jedoch aus realer währungspolitischer Machtverschiebung und konjunktureller Abschwächung schafft jenseits des Atlantik Verunsicherung und damit einen nachgerade idealen Boden für neuerliche geoökonomisch inspirierte Reaktionen. Sie können sich, wenn nicht rechtzeitig kooperativ eingeeht, leicht zu einer Eskalationsspirale und damit zu einer umfassenden politischen Krise ausweiten.

Hegemonie mag zwar die Schaffung eines liberalen Weltwirtschaftssystems und die kooperative Eingliederung nachgeordneter Mächte erleichtern. Sie stellt aber keine auflösende Bedingung dar. Eine solche Vorstellung beruht - wie in der Theorie der hegemonialen Stabilität angelegt - vielmehr auf einer rückblickenden Idealisierung der Pax Britannica cum Americana. Sie krankt daran, daß offene Systeme weniger den individuellen Vorteilskalkülen des Hegemon zugeschrieben werden, denn als Opfergang erscheinen, der anderen Mächten den Aufstieg ebnet und in seinem Niedergang kulminiert. Eine solche Konstellation war zwar eingangs der siebziger Jahre eingetreten und leitete das Ende des Bretton-Woods-Systems ein. Auch akzentuiert sie nolens volens relative Vorteile und weckt protektionistische Abwehrreflexe. Daß sich ein solches System in konkurrierende Handels- und Machtblöcke auflöst, ist jedoch, wie die vergangenen dreißig Jahre gezeigt haben, nicht zwingend - unbeschadet auch des in Gestalt der Sowjetunion und ihres Blocks seit 1989 verlorenen gegnerischen *fédérateurs*.

Allerdings ist ohne unipolare Referenz das kooperative Management einer Freihandelsordnung sehr viel anspruchsvoller und wird - Folge der Globalisierung - durch die 40 000 transnational operierenden Wirtschaftssubjekte weiter kompliziert. Eine international kooperative Wirtschaftspolitik setzt voraus, daß eigene konjunkturelle wie strukturelle Schwächen nicht umstandslos nach außen projiziert werden, daß - in realistischer Diktion - die ökonomische „Logik

---

92 Vgl. zu den strukturellen Argumenten und ihrem konjunkturellen Verlauf C. Fred Bergsten, Marcus Noland, *Reconcilable Differences? United States-Japan Economic Conflict*, Washington D. C. (Institute for International Economics), 1993, S. 7-12; Joseph S. Nye, *Coping with Japan*, in: *Foreign Policy*, Nr. 89, Winter 1992/93, S. 102-107.



des Wettbewerbs“ gegen die staatliche „Logik des Konflikts“ abgeschirmt bleibt.<sup>93</sup> Das wiederum erfordert, daß Kooperation nicht lediglich punktuell nach Maßgabe nationaler Opportunität erfolgt, sondern institutionalisiert wird.<sup>94</sup> Für den internationalen Handel von Gütern und wichtigen Dienstleistungen gibt es in Gestalt der Welthandelsorganisation eine solche Institution bereits, auch wenn diese Unilateralismus nicht völlig zu beseitigen vermochte. Die internationalen Währungsbeziehungen sind hingegen in des Wortes doppelter Bedeutung dereguliert. Auch mit den vom amerikanischen Kongreß gebeutelten internationalen Finanzinstitutionen verfügen sie über keinen vergleichbaren institutionellen Rahmen.

Der Euro schafft nicht nur eine zweite Weltwährung, sondern auch ein Dilemma. Auf mittlere Sicht transformiert er die gegenwärtige unipolare in eine bipolare Weltwährungs(un)ordnung und löst damit zumindest die Symmetriebedingung für Kooperation ein. Kurzfristig jedoch mobilisiert er Nullsummen-Kalküle. Um diese nicht geoökonomisch eskalieren zu lassen und um zugleich Voraussetzungen auch für eine spätere Koordination zu schaffen, ist ein institutionalisierter Austausch dringend erforderlich.

Prinzipiell bietet sich für die wechselseitige Information und das kooperative Management der Währungsbeziehungen der flexible Rahmen der G-7 an. Doch würde sich diese damit noch mehr in der Beliebigkeit einer variablen Geometrie mit zudem weithin zeremoniellem Zuschnitt verlieren. Vorzuziehen ist daher ein neuer, von der G-7 separierter institutioneller Rahmen in Gestalt einer G-3 aus den Notenbank-Gouverneuren und Finanzministern der USA, Japans sowie mit dem Präsidenten der EZB und dem Vorsitzenden von ECOFIN für die Europäische Union. Von seiten der Europäischen Währungsunion wären folglich nicht die einzelnen Mitgliedsländer, und es wäre auch nicht der potentielle Beitrittskandidat Großbritannien vertreten. Ein so gestalteter und verstetigter trilateraler Austausch stellt mit der Perspektive einer auch makroökonomischen Koordination das logische Komplement zur notwendigen fiskal- und wirtschaftspolitischen Harmonisierung in der Europäischen Währungsunion dar. Er wäre damit zugleich ein Beitrag zu deren Konsolidierung. Und er könnte jenen Projekten den Weg bereiten, die unter dem Etikett eines *new transatlantic marketplace* oder einer *transatlantic economic partnership* gegenwärtig ventiliert, nicht aber ernsthaft verhandelt werden.<sup>95</sup>

Samuel Huntington hat aus damals gegebenem Anlaß 1988 die These formuliert, daß in den USA *declinist waves* als regelmäßig wiederkehrendes Phänomen nicht nur mit dem Verlauf der Wirtschaftskonjunktur, sondern häufig auch mit dem Ende von Präsidentschafts-Administrationen korrespondieren.<sup>96</sup> Wenn diese These nicht nur anekdotisch-kabarettistisch gemeint war, dann dürften um die Jahrtausendwende die Bedingungen gegeben sein, um einem neuerlichen Inferioritätskomplex der USA zum Durchbruch zu verhelfen. Auch dieser mag nur transitorisch sein. In Kombination mit einem nicht kooperativ eingehegten Euro wäre jedoch von dort zu einer geoökonomisch inspirierten Überholung bestehender *alignments* ein nur kurzer Weg.

93 Vgl. dazu Paul Krugman, *Competitiveness: A Dangerous Obsession*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 73, Nr. 2, 1994, S. 28-44; sowie die kritischen Reaktionen in „*The Fight over Competitiveness. A Zero-Sum Debate?*“, in: *Foreign Affairs*, Jg. 73, Nr. 4, 1994, S. 186-203.

94 Zur Begründung und Operationalisierung sei nur auf die detailliert und umfangreich ausgearbeitete Regime-Theorie verwiesen, vgl. u.a. Harald Müller, *Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 1993.

95 Vgl. hierzu Ellen L. Frost, *Transatlantic Trade: A Strategic Agenda*, Washington D. C. (Institute for International Economics), 1997.

96 Samuel Huntington, *The U.S. - Decline or Renewal?*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 67, Nr.2, 1988, S. 94-96.



## HSFK-Publikationen 1997/98 (Auszug\*)

---

### HSFK-Reports (jeweils DM 12,--)

Gülistan Gürbey

**Autonomie - Option zur friedlichen Beilegung des Kurdenkonflikts in der Türkei?**

HSFK-Report 5/1997

Alexander Kelle

**Atombombe des kleinen Mannes? Die Bekämpfung der Weiterverbreitung von biologischen Waffen nach der Vierten Überprüfungskonferenz des Biowaffen-Übereinkommens**

HSFK-Report 6/1997

Matthias Dembinski

**Langer Anlauf - kurzer Sprung.**

**Die Außenpolitik der Europäischen Union nach der Reform von Amsterdam**

HSFK-Report 7/1997

Simone Wisotzki / Harald Müller

**Geißel der Zivilgesellschaft. Die Landminenkrise als Herausforderung für die Abrüstung**

HSFK-Report 8/1997

Christian Büttner / Elke Kronenberger / Elisabeth Stahl

**„Mit denen setze ich mich nicht an einen Tisch!“**

**Modelle von Streitvermittlung in multikulturellen Stadtgesellschaften**

HSFK-Report 9/1997

Hans-Jochim Schmidt

**Die Anpassung des KSE-Vertrages: Konventionelle Rüstungskontrolle zwischen Bündnisverteidigung und Kooperativer Sicherheit**

HSFK-Report 1/1998

Bruno Schoch

**Die Schweiz - ein Modell zur Lösung von Nationalitätenkonflikten?**

HSFK-Report 2/1998

Berthold Meyer

**In der Endlosschleife? Die OSZE-Langzeitmissionen auf dem Prüfstand**

HSFK-Report 3/1998

### PRIF-Reports (jeweils DM 20,--)

Christian Büttner / Elke Kronenberger / Elisabeth Stahl

**'Talk to Them? No Way!' Models of Dispute Settlement in Multicultural Urban Societies**

Published together with

Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main

PRIF-Report No. 49



Alexander Kelle

**Security in a Nuclear Weapons Free World - How to Cope with the Nuclear, Biological and Chemical Weapons Threat**

PRIF-Report No. 50

Harald Müller

**The Nuclear Weapons Register - A Good Idea Whose Time Has Come**

PRIF-Report No. 51

**HSFK-StandPunkte** (Bezug kostenlos)

Harald Müller

**„Das Leben selbst ist lebensgefährlich“**

**Kritische Anmerkungen zum „erweiterten Sicherheitsbegriff“**

HSFK-StandPunkte Nr. 4/1997

Peter Schlotter

**Jenseits von Nuklearpazifismus und Antiamerikanismus -**

**Zur Außenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen**

HSFK-StandPunkte Nr. 5/1997

Sonderdruck

**Dokumentation - Verleihung des Hessischen Friedenspreises 1997 an Hans Koschnick**

HSFK-StandPunkte Nr. 6/1997

Lothar Brock

**Globaler Wandel und Staatenpolitik. Plädoyer für Multilateralismus**

HSFK-StandPunkte Nr. 7/1997

Änne Ostermann

**Zivilcourage - eine demokratische Tugend: Test für die**

**Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft**

HSFK-StandPunkte Nr. 1/1998

Lothar Brock

**Die USA und die UN: Reform oder Abbau der Weltorganisation?**

HSFK-StandPunkte Nr. 2/1998

Harald Müller

**Weltpolitische Wasserscheide: Atomtests in Südasien und die Folgen**

HSFK-StandPunkte Nr. 3/1998

---

\*) Sie erhalten von uns auf Wunsch jederzeit die komplette Liste unserer Publikationen.



ISBN 3-933293-06-5